

werden bei allen Schweizerischen Postämtern, sowie beim Verlag und besten bekannten Agenten entgegengenommen, und zwar zum voraus zahlbar.

Preis für die Schweiz (Reichsbank) Nr. 2 — für Deutschland (Gouvern) Nr. 1.70 für Österreich (Gouvern) Nr. 2.10 für alle übrigen Länder des Weltpostvereins (Reichsbank).

Inserate

die dreizehnpennige Zeitzeile 25 Gts. — 20 Pfg.

Der Sozialdemokrat

Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie.

Donnerstag, 29. Oktober

1885.

Erscheint

wöchentlich einmal in Zürich (Schweiz). Verlag der Verlagsbuchhandlung Göttingen-Zürich.

Postsendungen franco gegen franco. Geschäftsliche Briefe nach der Schweiz kosten Doppelpost.

Wiss an die Abonnenten und Korrespondenten des „Sozialdemokrat.“

Da der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Österreich verboten ist, beim Verfolgt wird und die dortigen Behörden alle Mäße ergreifen, unsere Verbindungen nach jenen Ländern möglichst zu erleichtern, sehr Briefe von dort an uns und unsere Zeitungs- und sonstigen Expeditionen nach dort abzulassen, so ist die Lieferfrist im Postverkehr notwendig und darf keine Rücksichtnahme darauf werden, die Briefmarken über den wahren Absender und Empfänger, sowie den Inhalt der Sendungen zu täuschen, und letztere dadurch zu sichern. Hauptverbot ist hierzu einzuführen, daß unsere Freunde so selten

als möglich an den „Sozialdemokrat“ resp. dessen Verlag selbst adressieren, sondern sich möglichst an irgend eine unerschöpfliche Adresse außerhalb Deutschlands und Österreichs wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; andererseits aber, daß auch uns möglichst unzweifelhafte Nachweise mitgeteilt werden. In zweifelhafte Fällen empfiehlt sich deshalb größere Sicherheit beim Adressieren. Soweit es uns liegt, werden wir gemäß unserer Mäße nach Rücksicht nehmen um trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat“ unseren Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

Parteigenossen! Vergesst der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

Ueber den Normalarbeitstag.

II.

In einem der verbreitetsten Schriftchen über den Normalarbeitstag*) lesen wir:

„Ein einfaches Rechenexempel beweist die Möglichkeit der vermehrten Arbeitsgelegenheit bei Einführung des Normalarbeitstags. Geseht ein Fabrikant beschäftigt 100 Arbeiter per Tag 11 Stunden. Wollte er nun im Normalarbeitstage von 10 Stunden dieselbe Masse Waaren wie vorher zu 11 Stunden liefern, so müßte er 10 Arbeiter mehr einstellen, d. h. 10 „Bagabunden“ würden von der Landstraße in die Fabrik gezogen, sich in „ordentliche“ Arbeiter verwandeln.“

Derselbe Gedanke, wenn auch meist mit einigen diekreten Einschränkungen, kehrt in anderen Schriften und Aufsätzen über den Normalarbeitstag wieder und ist bei der Agitation wiederholt und mit großem Nachdruck in den Vordergrund geschoben worden.

Wäre der Gedanke richtig, das heißt: würde durch jede Stunde Arbeit, die einem Arbeiter durch das Gesetz abgenommen wird, einem Unbeschäftigten oder nicht genügend Beschäftigten eine Stunde Arbeit verschafft, dann würde der Normalarbeitstag allerdings das Mittel sein, um allen, die arbeiten können und wollen, Arbeit zu gewähren. Die soziale Frage wäre thatsächlich gelöst. Und wie einfach!

Es wäre Sache eines Rechenexempels, das jedes Schulkind ausrechnen könnte:

Die von der Gesamtheit (den Angehörigen des Staates) das Jahr hindurch zu leistende Arbeit nimmt so und so viel Millionen oder Milliarden Arbeitsstunden in Anspruch. Die Zahl der Arbeiter beträgt so und so viele Hunderttausende oder Millionen. Die Zahl der Arbeitsstunden wird mit der Zahl der Arbeiter dividirt — der Quotient ergibt die Zahl der Arbeitsstunden, die jährlich auf jeden Arbeiter kommen, und ihrerseits wieder mit 300, der Zahl der Arbeitstage, dividirt werden. Dann haben wir die tägliche Arbeitszeit eines Jeden — den richtigen Normalarbeitstag.

Dieser ideale Normalarbeitstag paßt sich allen Bedürfnissen der Gesellschaft und den Fortschritten der Technik elastisch an. Und da durch Erfindungen und Vervollkommnung von Maschinen den Menschen immer mehr Arbeit abgenommen wird, so kann der Normalarbeitstag immer mehr herabgesetzt werden. Welche Länge er aber auch haben möge, er wird derartig berechnet, daß jeder Arbeiter seine Arbeit hat und gleichmäßig beschäftigt wird.

Merkt man, daß in irgend einem Industriezweig Arbeiter überflüssig werden — ein Ruck an der Schraube ohne Ende dieses wundervollen Normalarbeitstages: die Arbeitszeit wird auf Grund eines neuen Rechenexempels neu regulirt, und zwar derart, daß wieder ein Jeder für seinen Normalarbeitstag volle Arbeit hat.

Schade nur, daß die Rechnung verschiedene Löcher hat, und auf ganz falschen Voraussetzungen beruht.

Zunächst ist es ein Irrthum, daß ein Fabrikant, der jetzt 100 Arbeiter bei 11-stündiger Arbeit beschäftigt, nach Einführung des 10-stündigen Normalarbeitstages — falls er sein Geschäft nicht einschränken will, genöthigt sein würde, 10 neue Arbeiter zu engagiren.

Diese Annahme geht von der irrigen Voraussetzung aus, daß die Arbeit ein fester Stoff sei, etwa ähnlich wie eine Eisenstange, und genau nach der Zeit gemessen werden könne, wie die Eisenstange nach dem Metermaß.

Der Arbeit geht diese Festigkeit jedoch ab und sie hat, um in dem Gleichnisse zu bleiben, eher Ähnlichkeit mit den gasartigen Stoffen, die sich fast unbeschränkt ausdehnen und zusammendrängen, und mitunter in den winzigsten Raum gepreßt werden können.

Eine Stunde ist eine Stunde — d. h. ein Zeitraum

von 60 Minuten und 60mal 60 Sekunden, der mit der Uhr in der Hand auf die Sekunde gemessen werden kann.

Die Summe von Arbeit, welche in einer Stunde verrichtet wird, läßt sich aber nicht mit der Uhr messen. Sie ist sehr verschieden. Jeder einigermaßen aufmerksame Beobachter wird dies schon finden, wenn er zwei neben einander arbeitenden Arbeitern eine Stunde lang mit zusieht.

Der Arbeiter kann täglich nur eine bestimmte Summe von Kraft, in Gestalt von Arbeit, ausgeben. Die Folge hiervon ist, daß er, mag die tägliche Arbeitszeit sein, wie sie will, mit seiner Arbeitsleistung nicht über ein gewisses Maß hinauskommt, und daß er, wird die Arbeitszeit übermäßig ausgedehnt, keine größere Summe von Arbeit leistet, als er bei kürzerer Zeit geleistet hatte oder leisten könnte.

Übermäßig verlängerte Arbeitszeit bringt es mit sich, daß weniger intensiv gearbeitet wird. Die Intensivität der Arbeit steht im umgekehrten Verhältniß zu der Länge der Arbeitszeit.

Es ist dies ein Satz, dessen Richtigkeit durch die Erfahrung bewiesen und von der Wissenschaft anerkannt ist, so daß wir uns nicht weiter dabei aufzuhalten brauchen.

Die Herren Arbeitgeber kennen diese Wahrheit sehr wohl. Und der Fabrikant mit den 100 Arbeitern bei 11stündigem Arbeitstag wird nach Einführung des Normalarbeitstages von 10 Stunden nicht daran denken, 10 neue Arbeiter einzustellen, sondern, von seinen 100 Arbeitern die Summe der bisher in 11 Stunden täglich geleisteten Arbeit in 10 Stunden hineinzupressen zu lassen.

Und vermittelt einigen moralischen und nicht moralischen Druck, einiger Verbesserungen an der Maschinerie, geschickterer Arbeitseinteilung wird das Kunststück auch in den meisten Fällen ganz oder annähernd gelingen.

Wir müssen hier auf das „Kapital“ von Marx, auf die Berichte der schweizerischen Fabrikinspektoren u. s. w. verweisen: da finden sich Zeugnisse für diese Thatsache in Hülle und Fülle.

In der Schweiz, wo der 11stündige Normalarbeitstag erst seit wenigen Jahren eingeführt ist, wird jetzt schon konstatiert, daß die in der verkürzten Arbeitszeit geleistete Arbeit ebenso oder ziemlich ebenso groß ist, wie die vor Einführung des Normalarbeitstages geleistete.

Und in England, wo der Uebergang vom 12stündigen zum 10stündigen Normalarbeitstag stattgefunden hat, ist der Beweis noch handgreiflicher geliefert.

„Ohne allen Zweifel“, so berichteten die englischen Fabrikinspektoren im Jahre 1858, „gab die Verkürzung des Arbeitstages den Stachel zu diesen Verbesserungen (der Maschinerie u. s. w.) Pechtere und die intensivere Anstrengung des Arbeiters bewirkten, daß wenigstens ebensoviel Arbeit (Nachwerk) in dem verkürzten Arbeitstag als früher während des längeren geliefert wird.“

Der längere Arbeitstag, wie gesagt, war 12 Stunden lang, die Verkürzung betrug also bei Einführung der Zehnstunden- bill ein Sechstel — was noch beträchtlich mehr ist als das Zehntel, um welches es sich in dem, von dem Verfasser der angezogenen Broschüre gesetzten Fall handelt.

Das englische Parlamentsmitglied Ferrand erklärte am 27. April 1863 im Unterhaus: „Arbeiterdelegirte von 16 Distrikten Lancashire's und Cheshire's, in deren Auftrag ich spreche, haben mir mitgeteilt, daß die Arbeit in den Fabriken beständig wachse. Statt daß wie früher eine Person mit Gehülften zwei Webstühle bediente, bedient sie jetzt drei ohne Gehülften, und es ist gar nichts Ungewöhnliches, daß eine Person vier bedient. Zwölf Stunden Arbeit werden jetzt in weniger als zehn Arbeitsstunden gepreßt.“

Das ist das eine Loch, welches die Rechnung der optimistischen Anwälte des Normalarbeitstages hat.

Es ist nicht das einzige.

Nicht nur hat die kapitalistische Produktion die Tendenz und Kraft, eine gleiche Summe von Arbeit in immer kürzere Arbeitszeit zusammenzupressen, sie hat auch die weitere Tendenz, immer mehr Arbeiter überflüssig zu machen, so daß sich uns das scheinbar widerspruchsvolle Schauspiel darbietet: Bei gesteigerter Produktion überflüssigwerden von Arbeitern.

Mit diesem Gesetz, welches die Ueberproduktion als eine notwendige Erscheinung der bürgerlichen Produktionsweise erscheinen läßt, ebenso wie die Ueberproduktion, werden wir uns im nächsten Artikel beschäftigen.

Der Adel in Mecklenburg und die Bauern.

Rachtrag*)

Was, noch Treue verlangt der unbarmherzige Frohnherr? Der mit den Diensten des Rechts (sei Gott es geklagt!) und der Willkür und wie die Pferde abquält, und kaum wie die Pferde belästigt? Der, wenn darob ein Mann für Weib und Kinderchen weilt vom belasteten Speicher, ihn erst mit dem Prügel bewillkommt, Dann aus gestrichnem Maß einschüttet den karglichen Vorkauf? Der auch des bittersten Rangels Befriedigung, welche der Selbst nicht Diebstahl nennt, in barbarischen Warterkammern züchtigt, und an Gefehel und Angstgebärden sich kühlt?

J. S. B o s s, „Die Leibeigenen.“

Da dieser Rachtrag den Zeitraum von der Aufhebung der Leibeigenschaft (1820) bis zur Jetztzeit detaillirt behandeln soll, so paßt eigentlich die Ueberschrift nicht mehr. Sehen wir für Adel: Gutbesitzer überhaupt, und, da der Bauer bis auf einen geringen Bruchtheil „gelegt“ ist, für Bauer: Tagelöhner.

Es beschäftigt sich der Bauer bei ihrer unfreiwilligen Verwanderung in Tagelöhner zwar eine große Niedergeschlagenheit, aber das kommt nur von der Reue der Lage, sie werden das bald gewohnt“ u. s. w., schreibt Pastor Tiburtius.

Inwoh, Herr Pastor, sie haben sich an ihre Lage gewöhnt, aber mancher Fluch mag dabei gefallen, manche Thräne dabei geflossen sein! Wenn es wahr wäre, was Du lehrst: „Unrecht Gut gedeiht nicht gut“, dann hätten die „legenden“ Gutsherren lammt und sondern in Roth und Glend verkommen müssen, was keineswegs der Fall ist. So beschönigt ein Geistlicher den Raub oder, wenn man sich milde ausdrücken will: die Expropriation der (zunächst ländlichen) Gesamtheit zu Gunsten Einzelner.

Ich habe zu bemerken vergessen, daß das „Legen“ der Bauern nicht etwa mit Aufhebung der Leibeigenschaft zu Ende eing, sondern bis fast zur Gegenwart fortbauerte. Greifen wir einen Fall heraus aus dem Jahre 1883. Damals waren schon einige Sand- in die Augen-Strauungs-Gesetze (à la Sozialreform) erlassen, so z. B. durfte der Gutsherr nicht mehr ganz Dörfer „legen“ (dann geschah es eben nach und nach. Kunststück!); später mußte er sogar die drei größten Bauerngüter fortbestehen lassen, solange die Bauern:

- 1) ihre Verbindlichkeiten gegen den Gutsherrn erfüllen, 2) kein wüßtes Leben führten, 3) den Gutsherrn nicht beleidigten, 4) nicht mit Zuchtstaus bestraft waren.

Baron von Langermann hatte seine Bauern sämmtlich „gelegt“, nur die eben beregten drei noch nicht. Einem schönen Tages läßt er diese vor sich kommen, macht ihnen die bittersten Vorwürfe wegen ihres „wüßten“ Lebenswandels (siehe unter 2) und schilt sie Spieler und Säuler. Die Bauern gaben zu, daß sie Karten spielten, aber nur um — Bohnen, wovon 16 auf einen Schilling (6!), Fennig nach heutigem Geld) gerechnet wurden. Säuler waren sie (wie festgelegt ist) überhaupt nicht, trotzdem wurde ihnen gefündigt und sie um Michaelis 1883 vom Patrimonialgericht vertrieben. Die Bauern setzten Himmel und Erde in Bewegung, gingen sogar zum Großherzog, natürlich ohne Erfolg:

— — — Denn fort ist fort, und was einmal Dir ein Mächtiger nimmt, das hast Du befohlen. Der Klage Gibst man wenig Gehör, und sie ermüdet am Ende —“

sagt Reinold Fuchs. Als die Ritter die Leibeigenschaft aufhoben, geschah dies (wie ich dargezogen habe) keineswegs aus Humanitätsrücksichten, ja wir hätten sie möglicherweise noch heute, wenn es nicht damals momentan im Interesse der Gutsherrn gelegen hätte, sie aufzuheben. Meint doch das hochkonservative „Deutsche Tageblatt“ (Anfang September d. J.), die Regierung hätte voreilig gehandelt, als sie der Leibeigenschaft ein Ende machte!

Die Gutsherrn machten damals von ihrem Kündigungsrecht massenhaften Gebrauch, da eben Ueberfluß an Arbeitern war. Die gekündigten Freigelassenen konnten meistens kein Unterkommen finden, sie wurden aus ihren Rathen hinausgeworfen und aufs Landarbeitshaus zu Wästrow*) geführt. Dieses war jedoch bald so überfüllt, daß die Regierung den Gutsherrn anbehehlen mußte, den Freigelassenen Obdach zu geben. Die Gutsherrn mußten einen sonderbaren Begriff von Obdach gehabt haben, denn die Regierung sah sich bald veranlaßt, zu verordnen, daß das Obdach mindestens mit einem angemessenen Herde und Osen versehen sein müsse. (Nebstigen mußten die Freien für das Gemähre arbeiten!) Infolge massenhaften Auswanderns, erhöhter Sterblichkeit, verminderten Ehegeschlechts u. s. w. hob sich auch diese Kalamität. Nun scheint eine etwas bessere Zeit für die Tagelöhner gekommen zu sein. Die bürgerlichen Gutsherrn und Pächter jener Zeit waren durchweg verhältnißmäßig humane Leute, die, anspruchlos wie sie waren, nicht in dem Maße Ausbeuter waren wie die heutigen. Allerdings mußte der Tagelöhner stramm arbeiten, aber wenn er krank oder vor Alter arbeitsunfähig wurde, so gab ihm der Herr das „Suabendrod“ oder stand ihm sonst hülfreich zur Seite.

Doch diese Generation, die uns Fritz Reuter so anziehend schildert, ist ausgestorben. „Schnell reich werden“, ist die Parole des heutigen bürgerlichen Gutsherrn, der in der Regel bedeutend mehr Talent zum Ausbeuten hat, wie sein adeliger Kollege. Der Bürgerliche sieht im Junker nicht wie früher seinen Feind, sondern sein B o r d i l l e, sein „J b e a l“. Und das darf uns im Zeitalter der Servilität (wie ich die Gegenwart nennen möchte) nicht Wunder nehmen. An Stelle der Humanität ist der brutale Materialismus, die Rohheit, die Ausbeutung in höchster Potenz getreten. Merkt der Gutsherr erst, daß einer seiner Tagelöhner hinfällig, „kümperich“ wird, so entläßt er ihn scheinlich. So ein alter Tagelöhner findet nirgends mehr Arbeit, nur ein Ausweg bleibt ihm: Auswandern. Und da drücken dann oft noch gedankenlos

*) Siehe „Sozialdemokrat“ Nr. 30 und 31.

*) Ist zur Aufnahme von „Landfreidigern“, Wellern u. s. w. bestimmt. Beherbergte sonst immer 250—300 Internirte, heute 400. Außerdem hat man noch die Füllalen Dömitz und Federow errichten müssen, da in Wästrow bei Weitem nicht Platz genug war für alle Weiler. Und das im fetten Lande Mecklenburg!

*) 200,000 Bagabunden, eine Streifflucht zur Begründung der Fortdauer des Normalarbeitstages. Von A. Kiefer, Schriftfeger. München 1884. S. 15.

weitungsfreier ihre Verwunderung darüber aus, daß so viele alte Tagelöhner auswandern!

Eine fast willkürliche Disziplinargewalt besitzt der Gutsbesitzer noch heute. Man urtheile selber!*)

Ein jugendlicher Arbeiter steht wegen „Dienstvergehens“ vor Gericht. Er ist angeklagt: 1) nicht, wie ihm befohlen, die Gelpferde angetrieben zu haben, 2) den „Herrn“ nicht gegrüßt zu haben. Zeugen: der Gutsbesitzer v. Baffewitz und sein Stallhalter (Borarbeiter). Der Angeklagte gibt an: 1) daß er nicht zum Pferdeantreiben, sondern zum Kuhfüttern engagirt sei, 2) daß er das Gräßen erst unterlassen, nachdem ihm der Gutsbesitzer konsequent nicht gedankt. Beides gab den Zeugen zu, aber der Angeklagte wurde zu 3 Tagen Haft verurtheilt.

Der Knecht B. ist ebenfalls wegen „Dienstvergehens“ angeklagt, weil er dem Besuche des Inspektors Böttger (der als einziger Zeuge fungirt), Abends 8 1/2 Uhr noch weiterarbeiten, nicht nachgegeben hat und noch frech behauptet hat: „Es wäre wohl Zeit zum Feierabendmachen.“ Da der Angeklagte Abends 8 1/2 Uhr erst eine 1 1/2 stündige Arbeitszeit hinter sich hatte (die Knechte müssen Morgens 3 Uhr aufstehen zum Füttern u. s. w.), so ist die Haftstrafe von 7 Tagen eigentlich noch recht niedrig. Nicht wahr?

Sehen Viele sehr gebüht und meffen
In Glend und Ruh,
Und andere jerten daran und meffen
Wie an dem lieben Sieh.
Und ist doch nicht zu befendiren
Und gar ein böser Brauch,
Die Bauern geh'n ja nicht auf Bierem,
Es sind doch Menschen auch!

So singt der alte Claudius in „Sörgel's Neujahrswunsch.“ Aber die Zeit der „übertriebenen Humanität“ ist heute glücklich überwunden. Neuerdings hat nun die Auswanderung aus Mecklenburg etwas nachgelassen, und unsere konservativen Zeitungen versehen nicht, dies jubelnd der Welt zu verkündigen. Aber die Ursachen geben sie nicht an: die Schicht, aus der sich hauptsächlich die Auswanderer rekrutiren, ist erschöpft! Und das gibt auch die „überhaupt liberale“, „Kostoder Zeitung“ zu, wobei sie vernünftigerweise bemerkt: „Die Auswanderer hat ihre Ursache hauptsächlich in der ungenügenden Bezahlung des Grund und Bodens. Diese ist so ungenügend, daß eine Abänderung unbedingt erfolgen muß; das aber dürfte verhängnißvoll werden.“

Leider hat sich die „Kostoder Zeitung“ hierüber nicht näher ausgesprochen, jedenfalls wird unter den heutigen Verhältnissen eine „Abänderung“ nicht stattfinden.

„Preussische Dienstboten liefern wir billig und gut“ (sic!), annonciren jetzt die Sklavenhändler — pardon, ich wollte schreiben: Stellenvermittler, in allen mecklenburgischen Zeitungen. Ganz sicher ein Beweis, daß die Auswanderung so stark gewesen, daß Arbeitermangel eintrat. Der Gutsbesitzer nimmt die „Hochdeutschen“ nicht gern, denn sie haben „verflucht lödliche Schnauzen“, wie ein Gutsinspektor klagte. Diese „Hochdeutschen“ scheinen nun allmählig eine etwas andere Bestimmung in das Gras der mecklenburgischen Tagelöhner hineinzubringen. Passirte es doch neulich, daß sie einen besonders „strengen“ Inspektor, den sie bei einem Rothschühlervergnügen erlappten, ganz gehörig durchwalfen! An eine allgemeine Emanzipation darf man deswegen noch lange nicht denken, aber der Anfang dazu ist da. Und das muß jeden Menschen, der noch einen Funken von Gerechtigkeitsgefühl im Leibe hat, mit Freude erfüllen.

Nur Thoren können eine Verbesserung der Lage des Arbeiters von der „zunehmenden Humanität der herrschenden Klassen“ (das meint ein orthodoxes Kirchenblatt) erwarten.**) Ich erwähnte schon des Professor Karsten menschenfeindliche Auslassung. Die ganze Stelle lautet so: „Der sogenannte gemeine Mann, der ohne Bildung, nicht viel besser wie die Thiere, mit denen er umgeht, aufgewachsen ist, gehorcht nur der Sklaverei seines Gebieters, und solange er im Druck der Armut ist, schmeigt er sich und kriecht er zu den Füßen seines Zuchtmeisters, so wie der Hund nach empfangenen Prügeln die Hand leckt, die ihn mißhandelt. Boshafter und tüdischer wie dieser, wird er dann mit häßlicher Freude jede Gelegenheit ergreifen, seinem Herrn zu schaden, wo er es ungestraft thun kann. Gebt aber diesem Menschen besseres Auskommen und Wohlstand, so wird er widerständig, trotzig, verwegem, laun; will man ihn durch Zwangsmittel bändigen, so widerstrebt er (sic!), denn das Gefühl von Pflicht ist in ihm erloschen, und die Sprache des Gewissens kennt er nicht, er wird öffentlicher Ruhestörer, Empörer!“

Wahr, man möchte mit Keulen dazwischen schlagen, wenn man dergleichen liest! Doch bei ruhigem Nachdenken muß man sich sagen: nicht den Menschen, sondern in erster Linie das System, das die Macht-haber geradezu zur Entfaltung ihrer Brutalität auffordert, müssen wir bekämpfen. Jede unkontrollirte menschliche Macht muß der Gesamtheit zum Verderben gereichen.

Zum Schluß mag noch eine charakteristische Stelle aus Wigger's „Der Vernichtungskampf wider die Bauern“ hier Platz finden:

„Feudalismus und Kommunismus freuden beide die Hand nach fremdem Eigenthum. Aber der Kommunismus steht doch auf einer viel höherer moralischen Stufe als das Junkertum. Denn er kämpft nicht für sein Privatinteresse, sondern für die große Masse der Arbeiter, welche nach ihm das Volk ausmacht, während das Junkertum, von seinen Sonderinteressen geleitet, die große Mehrheit zu Gunsten einer winyigen Minderheit ausbeutet.“

Kommentar überflüssig. Emil.

Sozialpolitische Rundschau.

Nach sieben Jahren.

Am 21. Oktober waren es sieben Jahre, daß das „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ erlassen wurde. Es sollte unserer Partei den Garaus machen, sollte die Arbeiter von dem „Druck“ der sozialdemokratischen Agitation „befreien“, sollte der Regierung und den „Rechtsbehaltenden“ Parteien die Bahn ebnen zur Betretung einer wirksamen arbeiterfreundlichen Gesetzgebung.

Sieben Jahre hat das Gesetz funktioniert. Man hat es in der verschiedensten Art und Weise erprobt. Zuerst versuchte man es mit der rigorosen Handhabung; Alle Arbeitervereine wurden aufgelöst, alle Arbeiterorgane unterdrückt, die Führer ruiniert, die „Agitatoren“ gemahregelt, die notorischen Parteiangehörigen g e c h t e t. Der eiserne Druck erzeugte jedoch nur O e g e n d r u c k. Ein paar Heißlinge, die man müde gemacht, wurden von der Masse mit Hohn zurückgewiesen, die Körner und Stinn verschwanden im Handumdrehen im Nichts. Auf dem W y d e n e r Kongress, im Wahlkampf 1881, legte die gelächelte Partei Zeugniß ab von ihrer ungeschwächten Lebenskraft.

Führer und Geführte unterdrücken geht nicht, das stärkt die Solidarität, sagten sich die Urheber des Gesetzes, versuchen wir es, sie durch verschiedene Handhabung zu trennen: Strenge gegen die Führer, Milde gegen die Geführten. Und man gestattete Arbeitervereine, Arbeiterversammlungen.

*) Ich greife zwei Schöffengerichtssitzungen heraus, und zwar nach den Berichten der „Güßrower Zeitung“. (Anfang September 1885.)

**) Die ländlichen Schulverhältnisse habe ich schon kurz erwähnt. Zur Erläuterung brauche ich nur zwei Land-Pädagogen vorzustellen. Lehrer und Küster B e r g m a n n in Badendiel fragte neulich seine Kinder in der Unterrichtsstunde: „Wißt Ihr, was eine „Zuhl“ ist?“ (Zuhl ist der plattdeutsche Ausdruck für leichtfertiges Frauenzimmer, Hure.) Keine Antwort. „Ich will's Euch sagen: Die Wulffsch (Frau des Bauern Wulff) ist eine Zuhl!“ — Lehrer L e b e r e c h t in R u h s (übrigens ein halber Jbid.) beschäftigt sich in seiner freien Zeit — der Sommer ist fast ganz j a h l t e i — mit Sympathiefiguren, predigt also A b e r - glauben. — Könnte leicht fortgesetzt werden.

Aber die Arbeiter benutzten die Möglichkeit, sich zu äußern, nur, um ihr unbeugbares Festhalten an der alten Fahne und den alten Trägern derselben zu bekunden. Wo einer der verheimmten Führer sich blicken ließ, tönte ihm tausendstimmiges Hoch aus Arbeiterkreisen entgegen.

Wo ein Führer ein billiges Märtyrertum verschaffen? Lassen wir auch sie gewähren, aber — unter dem Bewußtsein, daß das Ziel des Sozialistengesetzes über ihnen schwebt, um so eher werden sie sich abzuwickeln. Und man ging zum System der schlaften Zügel über.

Die Antwort lautet: 24 sozialistische Abgeordnete im deutschen Reichstage, fünf in sächsischen, zwei im hessischen Landtag u. s. w. u. s. w. Jeder Tag meldet von neuen Erfolgen der Partei.

Und die Sozialreform? Das Krankenlaffengesetz erweist sich, kaum eingeführt, als dringend hilfsbedürftig, dem Unfallversicherungsgesetz ist das gleiche Schicksal gewiß, und die Alters- und Invalidenversorgung ist „auf unbestimmte Zeit“ vertagt, nicht weil die Arbeiter und ihre Führer, sondern weil die „Staatsbehaltenden“ ein Paar in derselben gefunden haben.

Der Wechselbalg Sozialreform liegt entkräftet am Boden, der Riese Sozialdemokratie, den er tödten sollte, hat durch ihn nur an Kraft gewonnen.

Sieben Jahre sind seit Inkrafttreten des Schandgesetzes verstrichen. Und, ein charakteristisches Zusammentreffen, gerade am Jahrestage der Verkündigung desselben muß der Mann, der die geschäftigsten Bestimmungen des Gesetzes in brutaler Weise zur Ausführung brachte, den Blättern mittheilen, daß er wegen seiner geschwächten Gesundheit „in Gnaden“ aus dem Staatsdienst entlassen sei. Der Reichsspielmaler R a d a i ist ein tochter Mann, die Sozialdemokratie aber lebt.

Sie lebt, und sie wird leben — allen gegen sie geführten Streichen zum Trotz. Nicht ein Titelchen ihres Programmes hat sie abgeschwächt, nicht ein Atom ihrer Forderungen gestrichen. Stärker als je steht sie da, fester als je haben ihre Grundsätze im Volke Boden gefaßt. Stöhrer als je ist ihr Einfluß auf die öffentliche Meinung.

Im nächsten Jahre läuft das Sozialistengesetz ab. Ob unsere Feinde es verlängern, ob sie eine neue Art seiner Anwendung ausdenken werden, um uns den Garaus zu machen, wir wissen es nicht. Aber soviel wissen wir, daß wir ihre Anschläge nicht fürchten. Die deutschen Arbeiter haben in den sieben Jahren des Sozialistengesetzes die Feuerprobe bestanden: sie haben sich weder durch Drohungen und Gewaltmaßregeln (schrecken, noch durch Berprechungen bethören lassen. An solcher Festigkeit und Ausdauer müssen alle feindlichen Anschläge zu nichte werden.

Zürich, 28. Oktober 1885.

— Die offizielle deutsche Wissenschaft und die Frauenfrage. Ein Münchener Professor, der Schneider W. S. Riehl, hielt vor zirka 14 Tagen in Adin im Verein für wissenschaftliche Vorträge einen Vortrag über „die Frau, die Familie und die Gesellschaft“. Nach dem Bericht der „Münchener Zeitung“ äußerte sich der „berühmte Kulturhistoriker“ über die Frauenfrage, diese brennende Frage unserer Zeit, folgendermaßen:

„Die sogenannte (!) Frauenfrage geht heutzutage wesentlich den Mittelstand an. Beim Bauern, auf der Alm sowie auf dem tüdlichen Bergsee des Hochgebirges theilt sich das Weib redlich mit dem Mann in die Arbeit, ja, sie nimmt ihm meist den schwersten Theil derselben ab. Und andererseits erscheinen auf den Finnen der Gesellschaft selbständige Herrscherinnen und Gutsberrinnen. In den Mittelklassen der Gesellschaft ist die Frage eine brennende: In wie weit können und sollen Frauen an der Hausarbeit teilnehmen? Es ist richtig und taktvoll, daß die Frauen ausgeschlossen bleiben von allen Ämtern, welche lediglich die Hoheitsrechte des Staates ausüben. Wir wollen keine weiblichen Richter und keine weiblichen Offiziere. Wir wollen die Frauen auch ferngehalten wissen vom Schmutzigen, Gemeinen. Richter und Arzt dürfen nicht hinabsteigen in die tiefsten Nachtseiten der Gesellschaft und der menschlichen Natur; die Frauen sollen da nicht mitgehen. Als Krankenpflegerinnen lassen sie alle Männer weit hinter sich, sie stehen aber als solche einfach vor der Thatsache des Leidens, sie haben es nicht zu ergründen. Deshalb Dank den deutschen Universitäten, welche die Frau ausschließen von den Hörsälen der Medizin. Warum sollen die Frauen nicht Geistliche werden? Sie sind frömmere denn wir, sie wissen gar gut zu predigen und wie viele haben sie schon bekehrt. Ja, aber wir sollen uns Gottes und nicht um des Geistlichen willen in die Kirche gehen und man (!) wird, steht eine Frau auf der Kanzel, ihre Person nicht vergessen können. Ein reiches Feld für die Frauen ist der Unterricht; aber trotz der vorzüglichsten Leistungen erklimmt das Weib auch hierin nicht die Stellungen, wo die Hoheitsrechte des Staates beginnen; wir wollen keine weiblichen Schulinspektoren und Schulräthe. Mit gutem Erfolge sitzen Frauen hinter den Schaltern der Posten und Bahnen; sie sind pünktlicher, gewissenhafter als die Männer in ihrem Amte. Aber höhere Stellen können sie nicht einnehmen; man denke sich einen weiblichen Bahnhofsinspektor am Pfingstmontag einer lebhaften Bergnützungsfestation! Autorität öffentlich auszuüben ist die Frau nicht befähigt. Wir mögen die Frau in allen kaufmännischen Geschäften, deren Artikel Geschmack und eine feine Hand voraussetzen; als Verkäuferinnen von Baumaterialien, als ausübende Schlichterinnen, als Schornsteinfegerinnen mögen wir sie so wenig wie als weibliche Polizisten und Drohschiffkührer.“ ...

Und so fort und so fort. Das Gesagte genügt vollauf, den Geist zu kennzeichnen, der den ganzen Vortrag des Herrn Riehl durchweht. Es ist der Geist der insanften Deuschel und Riebertracht — hinter der ästhetischen Bekleidung verbirgt sich der gemeine Egoismus und die brutale Gemeinheit.

Zunächst ist für den berühmten Kulturhistoriker die Frauenfrage nur eine sogenannte — aber nicht in dem Sinne wie für uns, d. h. als ein integrierender Theil der sozialen Frage überhaupt, denn — sie geht „heutzutage“ wesentlich den Mittelstand an. Daß beim Bauern r. die Frau meist dem Mann den schwersten Theil der Arbeit abnimmt, scheint ihm ganz in der Ordnung zu sein, seine späteren Bemerkungen über die besonders sarte Natur der Frauen beziehen sich nur auf die Frauen der Bourgeoisie. Daher auch wohl finden wir mit keinem Wort erwähnt die verhängnißvolle Rolle der Frauenarbeit in der Industrie. Kurz in den „Mittelklassen“ ist ihm die sogenannte Frauenfrage eine brennende.

Und nun sehen wir, wie der Herr Professor diese brennende Frage beantwortet. Sein Schema ist einfach. Es besteht aus Behauptung und Beweis.

1. Behauptung: Es ist richtig und taktvoll, daß die Frauen von allen höheren Staatsämtern ausgeschlossen bleiben.
Beweis: Wir — d. h. Herr Riehl und seine Gesinnungsverwandten — wollen keine weiblichen Richter und keine weiblichen Offiziere.

Kommentar überflüssig.

2. Behauptung: Die Frau darf nicht Richter oder Arzt sein.
Beweis: Wir wollen die Frauen ferngehalten wissen vom Schmutzigen, Gemeinen.

Aber Krankenpflegerin darf sie sein, da hat sie nämlich mit dem „Schmutzigen und Gemeinen“ gar nichts zu thun. Auch darf sie sich von einem spiritistischen Kanone aus purer Unkenntniß des „Gemeinen“ für ihr ganzes Leben vergiften lassen. So lange die Frau das Gemeine ist — und das Gemeine, den Verdaulungsprozess, läßt sie von Jugend an — so schadet es ihrer reinen Seele nicht. Kurz das wissenschaftliche Studium des menschlichen Körpers, die Erkenntniß ist von Uebel: die Wissenschaft ist das Gemeine, das Schmutzige! Deshalb „Dank den deutschen Universitäten u. s. w.“ In diesem Ausdrucks offenbart sich die Bornirttheit der deutschen Wissenschaftler,

denn die deutschen Universitäten haben den Dank des Herrn Riehl in der That verdient. Sogar im „priden England“ hat man sich entschlossen, die Frauen zum Studium zuzulassen, nur im „aufgeklärten“ Deutschland, wo die Wissenschaft das zweite Wort ist, verbieth man der Frau das Studium — im Jantresse der guten Sitte. Welches Armuthzeugniß für die Deutschen!

Aber es kommt noch besser.

3. Behauptung: Die Frauen sollen nicht Geistliche werden.
Beweis: Man wird, steht eine Frau auf der Kanzel, ihre Person nicht vergessen können, und wir sollen doch „um Gottes und nicht um des Geistlichen willen in die Kirche gehen“.

Heute werden die Kirchen bekanntermaßen vorzugsweise von Frauen besucht und auf den Kanzeln predigen Männer. Herr Riehl muthet also den Frauen zu, über dem Geistlichen den Mann zu vergessen — die entsprechende Zumuthung an die Männer dünkt ihm etwas Unerhörtes. Hier hat sich die Verlogenheit einmal in ihrem eigenen Rege befunden. Zur Abwechslung präsentiren sich die Männer als das s c h w ä c h e r e, weil männlicher, Geschlecht. Nicht die Schwäche der Frauen, die Schwäche der Männer verbietet den Frauen den geistlichen Beruf — wie erfinderisch doch der Konkurrenzneid macht. Denn nichts als Konkurrenzneid ist es, was hinter den sächlichen Fausen des Herrn Riehl steckt. Die Frauen sollen den Männern der Bourgeoisie in ihren bisherigen Domänen keine Konkurrenz machen dürfen. Untergeordnet Stellungen besteben, sich abradern in aufreibender Thätigkeit des subalternen Schuldienstes, als Bureauangestellter u. s. — das mag die Frau allenfalls, dazu ist sie nicht zu fein organisiert, aber den höheren Posten ist „trotz der vorzüglichsten Leistungen“, ihr zarter Organismus nicht gewachsen, und als Schreckspeist dient — der Bahnhofsinspektor am Pfingstmontag! Fürwahr, eine herrliche Entbedung. Zur Belohnung möchten wir eine Untersuchung darüber anstellen, wie viele der Kollegen des Herrn Riehl sich wohl zu einem solchen Posten eignen möchten.

In der That, wir Deutschen können auf unsere Männer der Wissenschaft stolz sein. In England haben nicht nur die Gewerksvereiner, sondern auch ein großer Theil der herrschenden Politiker die Forderung des Stimmrechts wenigstens der selbständigen Frauen auf ihre Fahne geschrieben, in Frankreich hat der jüngste große Lehrertag in Havre die volle Gleichstellung der weiblichen Lehrer mit ihren männlichen Kollegen verlangt, in Deutschland aber sucht man noch immer das soziale und politische Niveau der Frau herabzudrücken, und die offizielle Wissenschaft spielt den Handlanger dabei.

Zum Glück sind die Verhältnisse stärker als der Wille der Menschen, und sie werden durch den berührten deutschen „Idealismus“ auch auf diesem Gebiete einen Strich machen, wie sie es auf so vielen anderen schon gethan.

— Die „Braunschweigische Frage“ ist auf's Glückseligste gelöst: die biedereren Braunschweiger haben einen Hohenzollern-Sproßling, den Prinzen Albrecht von Preußen, zum Regenten, und der erste Schritt zur „Angliederung“ — bei Leibe nicht Annexion — an Preußen wäre somit geschehen. Wir würden sagen, die Braunschweiger haben ihr Schicksal verdient, wenn dieser Ausbruch nicht noch so milde wäre. Sie sind eigentlich noch viel zu gut davongekommen, denn so jammervoll, so hundsmiserabel charakterlos wie sich der Braunschweigische Landtag — der freilich von einer Volksvertretung nur den Namen hat — in der ganzen Erbfolgefrage benommen, so hat kaum je in der Geschichte eine zur Wahrung der Landesinteressen berufene Körperschaft sich gezeigt. Von allen Seiten ertönten die Herrschaften dafür auch den gäbrenden Hohn. Außer den Ultramontanen und einigen Tugend legitimistischen Schwärmern würde sich kein Mensch in Deutschland für die Thronansprüche des Herzogs von Cumberland begeistern, wenn also die Herren in der Braunschweigischen Kammer erklärt hätten, wir w o l l e n den Cumberland nicht, so hätte man darin wenigstens noch einen Funken von moralischem Muth erblicken können; aber selbst dazu schwangen sie sich nicht auf. Willentlos fügten sie sich in Alles, sagten sie Ja und Amen zu Allem, was ihnen von Berlin aus anbefohlen wurde, wie es lokalen deutschen Bedienten geziemt.

Wir gratuliren ihnen zur neuen Wore!

— Der hats begriffen! Rämlich ein Pfiffikus, der im „Leipziger Tageblatt“ seinen Spud treibt und Reflexionen besorgt. Der hats begriffen, daß Alles, was bisher über die deutsche Arbeiterbewegung geschrieben worden ist, keinen Pfifferring taugt, weil die Schreiber das wahre Wesen derselben nicht begriffen haben. Er aber hats begriffen und ist menschenfreundlich genug, sein Licht nicht unter den Scheffel zu stellen. In einer Rezension irgend einer der zahlreichen Schundschriften, mit denen die Sozialdemokratie tobtgeschlagen werden soll und nur der gesunde Menschenverstand tobtgeschlagen wird, sagt unser Pfiffikus: „Unserer Meinung nach befaßt die Schrift sich zu sehr mit nebensächlichen Dingen und stellt den Kern der sozialdemokratischen Bewegung anders dar, als er ist. Sie nimmt viel Bezug auf landläufige Phrasen, wie sie in Arbeiterkreisen leider nicht selten sind, geht aber selbst auf die von der Sozialdemokratie als Endziel hingestellte Regelung der Konsumtion und Produktion zu wenig ein. Es scheint fast, als ob der Verfasser des Buches nur die Sozialdemokratie nach ihren heutigen Aeußerungen kennen gelernt hat, und als ob ihm die Schriften, deren Gedanken sich in den Schlagwörtern der Führer dritten Ranges verballhornen fast wiederfinden, ganz unbekannt seien. Der Verfasser verfaßt einen strikten Unterschied zwischen der jetzigen Arbeiterbewegung und der Sozialdemokratie zu machen. Denn wenn wir auch gern zugeben wollen, daß die Theilnehmer an der Arbeiterbewegung Sozialdemokraten sind, so ist die jetzige Arbeiterbewegung alles andere, nur keine auf den Sozialismus hindringende, sondern sie bewegt sich im schärfsten Geleise der so verhassten Bourgeoisie, insofern die Solidarität der Brandgruppen in die Brüche gegangen ist. Die gesammte jetzige Arbeiterbewegung geht nur darauf aus, daß weniger Arbeitszeit mehr Lohn zu erhalten; ob dies durch Streiks erreicht wird, bei welchen andere Arbeitergruppen verlieren und zulehen, das genirt die Streikenden nicht, sie kämpfen nur für sich und das ist der sehr bourgeoisistische Zug, der die jetzige Bewegung kennzeichnet. Allein an diesem Zug geht die Bewegung auch langsam zu Grunde. Derjenigen, welche schon oft die Freuden der Streiks gefoltert haben und älter geworden sind, machen nur sehr unwillig mit und sind fast immer der Grund, daß ein wirtschaftlich nicht berechtigter Streik im Sande verfaßt. Wir haben das erst jüngst wieder gesehen, und deshalb hätte der Verfasser sehr wohl gethan, wenn er ernstlich sich über die wirtschaftliche Bedeutung der Streiks in bestimmter Form verbreitet und damit eine gerechte Charakteristik unserer wirtschaftlichen Verhältnisse verbunden hätte und andererseits, wenn er die theoretischen Principien der Sozialdemokratie jergleibert und damit nachgewiesen hätte, wie unerbaut die Theorie in den Köpfen der eiten, sich vordringenden Führer und zugleich wie unhaltbar sie in Wirklichkeit ist. Wenn wir nun auch nicht ganz in das an anderen Orten verschwenderisch ausgefretete Lob über das Schriftchen einstimmen können, so können wir das selbe doch immerhin als eine interessante Lektüre empfehlen. Hr.“

Wiso Hr. heißt der Mann! Da kann man ratzen. Offenheit gibt er uns auch noch seinen vollen Namen, damit wir ihm die Hand drücken können. Apropos Hr. — sollte das nicht „Heinrich“ bedeuten, und heißt nicht das gefaule Fortschritts- und Handelskammer-Pfiffikuschen Franke mit seinem Taufnamen Heinrich? Sollte er der Columbus sein?

Gnug — wir wissen jetzt, woran wir sind. Die Arbeiterbewegung trägt einen „bourgeoisistischen“ Charakter, ist also fond eine Bourgeoisbewegung — Arbeiter und Bourgeois, das ist Jede wie Jede — vom selben Stoff — Klassenunterschied, Klassengegenwart ist nicht — die ganze Arbeiterbewegung ist nur ein Zeitvertrab, den sich einige übermüthige oder leberliche Bourgeois machen — wer wird da noch Angst haben! Das „rothe Geipens“ ist gedankt, und das hat der Hr. vom „Leipziger Tageblatt“ gethan. Gut ab, Ihr Herren Bourgeois!

— Die Religion muß dem Volke erhalten werden. Folgende Notiz möchte färglich die Kunde durch die deutschen Zeitungen: „Ein vielseitiger Grophoater. Vor einiger Zeit ist berichtet worden, daß der Herzog von Coartres für den päpstlichen Dispens zur Vermählung seiner Tochter mit dem Prinzen Waldemar von Dänemark 120,000 Franken bezahlt habe. Nun schreibt der vatikanische Kurier der Wiener „Pol. Corr.“: „Dem gegenüber sei bemerkt, daß der heilige Stuhl, nachdem den befaßlich gemischter Ehen bestehenden kanonischen Vorschriften in diesem Falle Genüge geschehen war, den Dispens bereit-

willig ertheilt hat, ohne dafür eine große oder kleine Summe zu empfangen. Die Geldstrafe, auf welche der dänische Ritterbeiter den König legt, ist von sehr untergeordneter Bedeutung. Wichtig aber ist, daß Prinz Waldemar den bestehenden kanonischen Vorschriften Genüge geleistet hat, denn das bedeutet, daß er eingewilligt hat, die künftigen Kinder katholisch werden zu lassen. Der König von Dänemark hat somit katholisch in konfessioneller Beziehung der vielseitigsten Großmacht zu werden, den es je gegeben hat. Wenn er in einigen Jahren wieder wie in diesen Tagen seine ganze Familie in seinem königlichen Hof in Kopenhagen um sich versammelt, so wird er unter seinen Enkeln Lutheraner, englische Hochkirchler, russische Orthodoxe, griechisch-katholische und römisch-katholische Christen zählen. Von den Schwiegerkinder des Königs ist nämlich der Herzog von Cumberland Lutheraner, der Prinz von Wales englischer Hochkirchler, der Kaiser von Rußland russisch-orthodox. Der König von Griechenland, ein Sohn des Dänenkönigs, ist griechisch-katholisch geworden und Prinz Waldemar wird seine Kinder katholisch taufen lassen.

Toleranz in Glaubenssachen ist ein sehr schönes Ding, die Beistandlichkeit, die aber in den Kreisen der Gottesadventisten — und ähnliche Familienverhältnisse wie in der dänischen königlichen Familie finden sich bei allen Dynastien — die Konfession gemindert wird, ist kein Zeichen von Toleranz, sondern von Gesinnungslosigkeit. Den Herrschaften ist die Religion gleichgültig, sie hat nur den einen Zweck, ihre „Legitimität“ zu bezeugen; und ob das Ausmaß dieser katholisch, lutherisch oder sonst wie lautet, ist Nebensache, wenn es nur seinen Zweck erfüllt. Diese Gleichgültigkeit in den hohen Kreisen ist aber der beste Kommentar zu der Empörung, mit der von oben dieser Seite proklamirt wird: die Religion muß dem Volk erhalten werden. Dem Volke, damit es jenes „Volk“ gewahren läßt. Der Zweck heiligt das Mittel.

— Polizeistaatliches. Aus München, im Oktober, erhalten wir folgende Zuschrift: „Am unserem allverehrten Ordnungshüter, dem bekannten Weinedl, zu benehmen, daß unsere neuerdings reorganisirte Polizeipolizei nicht nur praktischer, sondern im Allgemeinen auch vorzüglicher zu Werke zu gehen pflegt als die feineren, wollen wir nachfolgend ein Schriftstück, das wir Selbsten hatten, einem allverehrten Ordnungshüter aus seinem Reichthum zu amnestieren, und das, wie er uns versichert, nicht allein ein jeder Münchener Gensdarm, sondern alle im deutschen Reich existirenden deutschen Schutzleute in Kopie besitzen, zur Kenntniß unserer Genossen bringen.“

Dasselbe, originaliter beiliegend, besteht aus zwei Titeln: I. Sozialistische Agitatoren. Folgt eine Liste von 10 Namen, die weiter als „geeigneten Ort“ mittheilen wir keine Veranlassung haben. Charakteristisch an derselben ist, daß Sozialisten, Anarchisten und Sozialrevolutionäre bunt durcheinander tangieren. Bei Nacht, also im Schien einer deutschen Polizeifelle, sind alle Ragen grau.

II. Aus der Schweiz ausgewiesene Anarchisten. Diese Liste enthält 14 Namen. Bei Nr. 5 wird bemerkt: „Anarchistischer Druckschreiber.“ Am Schluß heißt es: „Sämmtliche 14 anarchistische Mitglieder sind, im Falle sie Deutschland betreten, zu verhaften und vorzuführen.“

Unterzeichnet unleserlich. Die behalten uns vor, noch weiteres interessante Material folgen zu lassen. Es ist zum wenigsten solches in Aussicht gestellt worden. Michel, Du sollst Deine Freunde an uns haben. Der Alte.“

— Zur Bauernfrage. (Eingekandt aus Kassel.) Frage: Ist der Bauer für unsere Bewegung zu gewinnen und auf welche Weise? Antwort: Durch rückhaltlose Darlegung unserer Grundzüge, durch weitestehende Verbreitung und Erläuterung unseres Programms.

Der Verfasser des in Nr. 41 befindlichen „Bauern-Eingekandt“, seit Jahren mein persönlicher Freund, eingeweiht in den größten Theil unserer Literatur, selbständiger Denker, ist von der Wichtigkeit meiner Behauptung ebenso überzeugt wie ich. Derselbe hat auch mit seiner Meinung, wie bei denen die Agitatoren genommen werden, wie und wo sie lenken, bei denen die Agitatoren genommen werden, wie und wo sie lenken, einerlei ob dieselben allen Anforderungen genügen oder nicht, von solchen Genossen den Bauern aus diesbezügliche Anfragen des Diktators Auskunft ertheilt worden ist, daß selbst der Bauer darüber bedenklich den Kopf geschüttelt hat.

Der Ausdruck Taktlosigkeit, als welche mein Freund das geistliche Vermeiden der Diskussion der Religionsfrage in bäuerlichen Kreisen bezeichnet, ist jedenfalls, soweit ich denselben kenne, von ihm nicht in vorurtheilhaftem Sinne gebraucht, sondern er denkt sich diese Unterlassung als einen taktischen Fehler der Agitation hinzustellen. Und das ist er unbedingt. Stets den Stier an den Hörnern gefaßt! — muß ich den Bauern gegenüber das bestimmende Leitmotiv bei Verkündung unserer Grundzüge sein.

Bei der vorjährigen Wahlbewegung haben wir in unserem vorwiegend ländlichen Wahlkreise mit dem, was wir wollen, nicht hinter dem Berge gehalten. Klar und bündig stand in unserem Flugblatt zu lesen: „Kleinbauern! Landarbeiter! Trotz der von den Konservativen befehlten (?) Dankschreiben bringt Euch die Verkoppelung, die zwar, da sie die rationelle Bodenbewirtschaftung ermöglicht, im Prinzip richtig ist, doch um welche Bodenbewirtschaftung es sich handelt, ist unklar.“

Warum? Weil Ihr mit Eurer Parzellirungswirtschaft einzeln dem Großgrundbesitzer ebenso machtlos gegenüber steht, als wollte man eine von Euch eine rollende Lokomotive aufhalten. In sehr vielen Fällen würde Euch bei Eurer beschränkten Ackerzahl selbst die Assoziation — der gemeinschaftliche Betrieb — nichts nützen. Grund und Boden, Wald und Flur muß, wie bei unseren Altvordern, Gemeingut der Bauerngenossenschaft werden. Preußen, welches doch so eigenartig und monopolistisch, hat zahlreiche Domänen. Warum werden dieselben nicht in Ackerbaukolonien umgewandelt? Warum sollen wir uns dieselben am Äquator suchen? Warum werden diese meist herrlichen Plantagen der Ausnutzung eines einzelnen, freilich geliebten Menschen überlassen?

Und als bei der Stichwahl die Konservativen und glaubten damit einen schweren Schlag zu versehen, daß sie den Bauern in Laufenden einen Flugblätter erzhälten, wir wollten die Kinder der Familie entführen, wir verlangten die Kindererziehung auf Gemeinde resp. Staatskosten, da waren es gerade die Kleinbauern, die Landarbeiter, die den unheimlichen Vortheil einer solchen Einrichtung in seiner ganzen Bedeutung und Tragweite begriffen, und nicht zum geringen Theil hat die Erröthung dieser Spezialfrage zu unserem Stimmenzuwachs auf dem Lande beigetragen.

Die Erörterung unserer Prinzipien stößt bei unseren biederen, rechts denkenden Landleuten auf nur geringe Schwierigkeiten. Nicht die neue Weltanschauung, nicht die Gesellschaftsrichtung, die wir anstreben, nicht die Ziele ab. Nein! In den meisten Fällen ist es nur die rückwärtige Form, in welcher sich Genossen von uns ergehen, dem Bauern traditionelle Ueberlieferungen verächtlich zu machen, ehe sie es verstanden haben, sein Interesse für die neue Zeit zu wecken, ehe sie ihn belehrt haben, daß der Sohn, im Zeitalter des Dampfes, auf der Scholle bewohnt nur noch geblüht wird, die sein Vater und Großvater noch unbetritten ihr eigen nannten.

Treffend bemerkt mein Freund, daß der Landmann noch Stolz genug besitzt, der ihn sagen läßt: „Arbeite ich nicht, so habe Ihr in der Stadt nichts zu essen. Dieses Selbstgefühl des Bauern, diese Werthschätzung seiner Arbeit richtig gepflegt, in richtige Bahnen gelenkt, wird ihn zu einer ebenso tüchtigen Kriegertruppe heranzubilden, als das städtische Proletariat heute eine ist. Die Erfolglosigkeit der Agitation auf dem Lande im Allgemeinen hat ihre Ursache nur in dem Mangel an brauchbaren Redaktoren. Dätten wir in jedem deutschen Dorf nur einen solchen überaus tüchtigen, thätigen Genossen als hier in der Nachbarschaft meinen Bruder Bauer, so wäre mir für die Eroberung der ländlichen Bevölkerung für unsere Idee, schon in der allernächsten Zukunft, durchaus nicht bange.“

— Auch Dänemark, wo seit Jahren der Minister Estrup verfassungswidrig regiert, und wo die Opposition im Parlament zu ebenbürtiger Stärke gediehen ist als in Preußen zur Zeit des famosen Verfassungskonflikts, hat jetzt sein Aikentat, das, was die Opportunisten andert, eine verweilte Reinkritik mit dem Adel Aikentat aufweist. Am 11. Oktober hat nämlich in Kopenhagen ein 19jähriger Schriftsteller, Namens Julius Kasumussen, zwei Schüsse auf Herrn Estrup abgefeuert, von denen der eine „den Kopf des Ministers zerriss“

und an einem Knopf abprallte“, während der zweite fehl ging. Kasumussen, der sofort verhaftet wurde, wird als ein überaus tüchtiger, fleißiger Arbeiter geschilert. Herr Estrup, der sich überhaupt auf den Bismarck im Kleinen hinauspielt, versucht jetzt das Aikentat im Sinne seines Berliner Vorbildes zu „strukturen“. So mußte der offizielle Wolffsche Telegraph am Sonntag zu melden, daß „angesichts der leidenschaftlichen und Gemüthlichkeiten aufreizenden Sprache der radikalen Presse“, die Regierung eine Verfassungsbemerkung zum Strafgesetze, analog den Artikeln 130 und 131 des deutschen Strafgesetzes, zu erlassen beabsichtigt. Da in Dänemark zur Gültigkeit eines Gesetzes die Zustimmung von Regierung und Parlament notwendig ist, so sieht diese Art der Ankündigung eines Staatsstreiks so ähnlich wie ein Ei dem andern. Herr Estrup und sein gekönter Hintermann dürften sich aber doch täuschen, wenn sie glauben, mit dem dänischen Volke ebenso leicht fertig zu werden wie Bismarck und Wilhelm mit der bürgerlichen Opposition in Preußen. Die Verhältnisse liegen in Dänemark etwas anders als 1866 in Preußen. Ober sollte sich Christian IX., der mit so vielen Gottesgnadenhütern verschwägert ist, bereits eines auswärtigen Bundesgenossen versichert haben? Kann ich nicht umsonst Schwiegervater Alexanders III. und Bauernschwager der — Orleans!

— Zwei Rechtsprüche. In der „Frankfurter Ztg.“ finden wir folgende Notiz: Würzburg, 23. Okt. Das Militärbezirksgericht verurtheilte in heutiger Sitzung den Gefreiten Peter Leibig vom 4. Jantariere-Regiment in Reg. wegen Mißbrauchs der Dienstgewalt zu 5 Tagen Mittelarrest. Leibig hatte dem Gemeinen Bary, der ihn beim Gewehrputzen reiste, drei Ohrfeigen versetzt, so daß sich bei letzterem eine zeitweilige Verletzung des linken Trommelfelles bemerkbar machte. Trotzdem nahmen die Geschworenen an, B. habe kein Schmerzensgefühl gehabt und die Verletzung des Trommelfelles sei nicht eine Folge der Schläge. — Soldat 2. Klasse Friedrich Zimmermann vom 2. Pionier-Bataillon zu Speyer, der seinen Feldwebel, G. Prasser, im angetrunkenen Zustande beschimpft und mit dem Seitengewehr auf ihn eingedrungen war, erhielt 7 Jahre und 1 Monat Zuchthaus und wird aus dem Heere entlassen.

— Fünf Tage Mittelarrest, sieben Jahre Zuchthaus — in diesen beiden Strafen kennzeichnet sich so recht das System des modernen Militarismus, das System der Sklavenzüchtung. Aber was nicht alle Kennzeichnung von Mißbräuchen, so lange das Volk in stumpfer Langmuth die ärgsten Schläge geduldig erträgt!

— Gar kein schlechter Gedanke. Die „Freihandels-Korrespondenz“ zieht mit furchtbarem Eifer gegen einen Artikel des feindlichen „Deutschen Tageblatt“ zu Felde, in welchem zum Schutze der deutschen Eisenindustrie gegen die englische Konkurrenz — die erhöhten Eisenpreise reizen nämlich noch immer nicht, — eine totale Reform des deutschen Eisenbahn-Transportwesens verlangt wird. Das konservative Blatt verlangt „Minimaltarife, welche darauf hinweisen, daß die Verkehrsmittel den Charakter als Einnahmequelle verlieren und den ausschließlichen Charakter von möglichst kostenfreien Hülfsmitteln für die deutsche Produktion annehmen müssen.“

Da unter „deutsche Produktion“ hier nur die Produktion der Herren Großindustriellen verstanden ist, so hat die Freihandels-Korrespondenz ganz Recht, wenn sie den Artikel als eine schutzlästerliche Unverschämtheit ersten Ranges brandmarkt. Davon abgesehen aber ist der Gedanke, daß die Verkehrsmittel den Charakter als Einnahmequelle verlieren sollen, ein ganz gesunder, der auch seinerzeit zur Durchführung gelangen wird. Allerdings wird dieselbe den schlotzunkeligen Söhnen des „Deutschen Tageblatt“ nicht viel nützen, da die Eisenbahndirektionen scheinlich eher mit dem Profitmachen aufhören werden, als bis mit der Profitmacherei und den Profitmachern im Allgemeinen aufgeräumt wird.

— Die Erschießung der Geiseln gegen Schluß der Commune-Tagung wird demnach die Pariser Gerichte beschäftigen. Während des jüngsten Wahlkampfes wurde Longuet, Mitglied der Commune und Redakteur des offiziellen Journals desselben, von seinen Ordnungsgenossen, unter andern auch vom „Journal des Debats“, angeklagt, er habe als Gemeindeglied jene Erschießungen veranlaßt oder veranlassen lassen. Longuet — ein Schwiegersohn von Karl Marx und einer der Redakteure der „Justice“ Clemenceau's — hat sich, nachdem er die Verleumdung in Volksversammlungen und schriftlichen Erklärungen energisch zurückgewiesen, um endlich Klarheit in die Sache zu bringen, zu einer Klage gegen das „Journal des Debats“ entschlossen, das nun den Beweis der Wahrheit zu liefern hat — was natürlich nicht möglich ist. Auf diesen Prozeß, in dem zahlreiche Mitglieder und Beamte der Commune als Zeugen figuriren werden, dürfen wir mit Recht gespannt sein. Wir sind sonst kein Freund solcher Appelle an die Gerichte, aber in diesem Falle ist es das wirksamste Mittel, eine der schmutzigen Verleumdungen, die immer wieder auftaucht, endlich einmal totzuschlagen.

— Ruin immer häßlich logisch. Jedesmal, wenn in Frankreich die Rede davon ist, gegen die Prinzen von Orleans vorzugehen, die mit Hilfe ihres immensen Vermögens ganz offen an dem Sturze der Republik arbeiten, gerben sich die liberalen deutschen Blätter ganz außer sich über solche Verleumdung der Gleichheit vor dem Gesetz. Es sind das dieselben guten Seelen, die es durchaus in der Ordnung finden, wenn in Deutschland Hunderttausende von Staatsangehörigen durch ein standartloses Ausnahmegericht geächtet werden. Freilich, diese Hunderttausende sind fast durchweg arme Proletarier, während die Prinzen von Orleans nicht nur von höchster Abkunft, sondern auch reich sehr reich sind. Wie kann man es diesen Verwandten aller möglichen Fürstenthümer verwehren wollen, ihre dem französischen Volk gehoblenen Willkuren gegen dasselbe zu verwenden? Das wäre ja ein unerhörter Eingriff in die persönliche Freiheit.

— Das Schweizervolk hat am letzten Sonntag in freier Abstimmung mit großem Mehr einem Gesetzesvorschlag zugestimmt, der die Bundesbehörden ermächtigt, ein Gesetz auszurufen, nach welchem der Branntwein bei der Fabrication und beim Verkauf ziemlich hoch besteuert werden wird. Angekündigt soll diese Mehrbesteuerung des Branntweins der Schnapspest fernern, thätiglich wird sie, da der übermäßige Schnapskonsum in 9 von 10 Fällen Folge, nicht Ursache schlechter sozialer Verhältnisse, die Folge Konsums mangelhafter Ernährung ist, nur die Wirkung haben, daß die Armen und die Armen für schlechterem Schnaps ihre Zuflucht nehmen werden. Die organisirte Schweizerische Arbeiterpartei hat das Gesetz mit aller Energie bekämpft, fand aber, mit Ausnahme einiger weniger Radikaldemokraten, die gesamten bürgerlichen Parteien gegen sich, und dem Einfluß dieser und ihrer überallhin verbreiteten Vorkörper ist es denn auch gelungen, in der Abstimmung den Sieg zu erzielen. Woraus zu ersehen, daß es unter den heutigen Verhältnissen mit der direkten Volksgesetzgebung doch auch seine zwei Seiten hat.

— Frankreich. Die unsere Leser wissen, hatten die Pariser Radikalen der Richtung Clemenceau — sie nennen sich eigentlich sozialistische Radikale — um sich der Stimmen der Arbeiter zu versichern, zwei Arbeiterkandidaten auf ihre Liste genommen: den Broncearbeiter Camélinat und den ehemaligen Bergarbeiter und jungen Oekothyr Basly, den Leiter des letzten großen Bergarbeiterstreiks in Kuzin. Camélinat hat nun eine längere Erklärung an die Wählerschaft von Paris erlassen, in der er u. A. sagt:

„Als ehemaliges thätiges Mitglied der Internationale und ehemaliger Kämpfer der Pariser Commune werde ich mich bemühen, in der Kammer meiner sozialistischen und kommunistischen Bergangehörigen treu zu sein. Ich werde mich deshalb in keine Fraktion einschreiben. Das wird mich aber nicht hindern, mit den sozialistischen Radikalen zu stimmen, wenn sie u. B. beantragen werden: die Zurückberufung der Truppen aus dem Tonkin; die Abschaffung des Kultusbudgets; Ersparnisse durch Säuberung des Beamtenpersonals; Abschaffung der Kommandierungen in Pfanden und Verminderung übertriebener Gehälter; Gemeindefiskusverwaltung; allmähliche Erziehung der indirekten Steuern durch die direkte progressive Einkommensteuer; Gerichtsreform u. c. Ich meinerseits werde zuerst die rasche In-Angriffnahme öffentlicher Arbeit

ten verlangen, welche das Zeichen zu einem Aufschwung der Arbeit und der Geschäfte geben würde, und ich werde es mir zur Pflicht machen, die Hauptforderungen meiner Arbeitsbrüder, wie sie in den verschiedenen Programmen bereits formulirt sind, auf die Tribüne zu bringen. Vor Allem werde ich die Pflicht unserer republikanischen Regierung betonen, sich der Schweiz zur Anregung einer internationalen Arbeitsgesetzgebung anzuschließen. Dann wird die Nothwendigkeit kommen, unserem Lande eine Sozialgesetzgebung zu wirksamem Schutze der Arbeiter der verschiedenen Kategorien nach Maßgabe ihrer Schwäche zu geben, sowohl was die Gesundheitspflege, die Arbeitszeit und einen wöchentlichen Ruhetag, als auch was die Sicherung gegen Unfälle, Krankheit, Arbeitslosigkeit und Noth im Alter betrifft.“

Ferner verspricht Camélinat sein Möglichstes zu thun für die Ausstattung der Arbeitergenossenschaften mit Staatskredit, für die Revision der Kontrakte, auf Grund deren öffentliches Eigenthum (Bank von Frankreich, Eisenbahnen, Bergwerke u. c.) veräußert worden ist, für Bekämpfung der Monopole, für die Reduktion der Staatsschulden, sowie für jede Maßregel, welche dazu beiträgt, die Schrittwegweise und rasche Erziehung der Lohnarbeit durch die genossenschaftliche Arbeit zu fördern u. c.

Basly hat an seine Wähler nur eine kurze Dankagung erlassen. Bei einem Besuche auf der Rektion des revolutionären „Cri du Peuple“ erklärte er dagegen: „Ich werde in der Kammer der Abgeordneten aller meiner Arbeitsbrüder sein und werde, was auch kommen möge, meiner Bergangehörigen treu bleiben.“

Dann scheint es den Beiden an gutem Willen nicht zu fehlen; ob derselbe aber vorhält, ist eine andere Frage. In der Kammer wird man ihnen bald zu vernehmen geben, daß sie gar nicht das Recht haben, sich als Arbeitervertreter zu geriren, inwiefern sie nur auf Grund einer überlegungsradikalen Liste gewählt sind, und von Seite der organisirten Arbeiter werden sie, als von radikalen Bourgeois patronisirt, immer, und mit Recht, mit Mißtrauen betrachtet werden. Unter diesen Umständen bedarf es doppelter Charakterstärke, fest zu bleiben, umsonst als die Verhältnisse im französischen Parlament, der außerordentlich hohe Diktions — jeder Abgeordnete erhält ein Jahresgehalt von 12,000 Franken — nur zu geeignet sind, selbst ursprünglich ehrliche Naturen zu Sesselfägern zu erziehen. So gerechtfertigt wir aber in diesem Falle das Mißtrauen der organisirten Sozialisten halten, so verfehlt halten wir es, die Gemüthen von vornherein als Verräther zu behandeln, sondern billigen es durchaus, wenn unser Bruderorgan, der „Sozialist“, von den Erklärungen Camélinat's — Basly hatte sich bis dahin noch nicht geäußert — Akt nimmt; seine den Arbeiterfragen betreffenden Reformvorschlüge, wemgleich sie nur Palliativ sind, mit aller Kraft zu unterstützen — mit einem Wort, ihn nach seinen Thaten zu behandeln verspricht.

— Amerika. (Kongreß der Sozial- Arbeiterpartei. Fortg.) Mit Bezug auf das Parteiorgan, den „Sozialist“, der jetzt einen wöchentlichen Abzug von 2400 Exemplaren hat, wurde beschloffen, dasselbe zu vergrößern, dagegen ein Antrag, im „Sozialist“ Geschäftsanzeigen aufzunehmen, verworfen. Ein Antrag, in New-York eine genossenschaftliche Druckerei und Verlagsbuchhandlung in Verbindung mit einer Arbeiter-Zeitungsagentur zu gründen, fand günstige Aufnahme und wurde an ein, aus den Genossen Seubert, Keitel, Blay und Kronauge bestehendes Spezialkomitee verwiesen. Eine eingehende Debatte über die Frage der Gründung eines englischen Parteiorgans schloß sich mit der Annahme einer Resolution, in welcher die National-Exekutive angewiesen wird, für die Herausgabe eines solchen englischen Parteiorgans Fonds aufzubringen, einen Redakteur zu engagiren und die sonstigen Arrangements zu treffen; die Resolution empfiehlt zugleich der Exekutive, als Redakteur des neuen Organs, wenn dies bewerkstelligt werden kann, Lawrence Brodland, Verfasser von „Cooperative Commonwealth“, zu gewinnen, welcher sich gegenwärtig in Europa befindet, um in England und Frankreich eine Reihe von Vorträgen zu halten. Die Annahme dieser Resolution erfolgte unter allgemeinem Beifallsbezeugungen.

Ein sehr wichtiger Beschluß ist der auf die Programmänderung bezügliche. Das bisherige Programm der Partei war allgemein als unzulänglich befunden worden, und so nahm der Kongreß, nach eingehender Berathung, und auf Grund eines, von einer speziell zu diesem Behufe ernannten Kommission ausgearbeiteten Entwurfes am dritten Tage der Verhandlungen ein neues Programm an, dessen grundsätzlichen Theil wir hiermit wörtlich folgen lassen:

„Plattform der Sozialistischen Arbeiterpartei. Die Arbeit ist die alleinige Schöpferin aller Werthe und unserer gesamten Zivilisation. Gerechterweise sollten auch diejenigen, welche die Arbeit thun und die Werthe schaffen, die Früchte ihrer Arbeit genießen.“

Dies wird aber unendlich gemacht durch die Art der heutigen Produktion, welche seit Entdeckung der Dampfkraft und Einführung des Maschinenwesens im Allgemeinen auf allen Gebieten durch Anwendung riesiger Arbeitsmittel, die zu besitzen nur Wenigen möglich ist, geführt wird.

Diese moderne Art der Produktion trägt in sich nur eine Seite der genossenschaftlichen Arbeit, nämlich die, daß nicht, wie früher, der Einzelne für sich selbst arbeitet, sondern daß Hunderte, Hunderte oder Tausende in Werkstätten und Fabriken, Ainen und auf Auenfarmen und großen Länderkomplexen gemeinschaftlich und unter zweckmäßiger Eintheilung der Arbeit schaffen, — daß aber die Resultate ihrer Arbeit nicht ihnen selbst voll zu Gute kommen, sondern größtentheils den Besitzern der Arbeitsmittel, der Maschinen, Fabriken, der Ainen, des Grund und Bodens.

Dieses System schafft notwendigerweise unter allmählicher Vermehrung des Mittelstandes zwei verschiedene Klassen von Menschen: die der Lohnarbeiter und die der großen Bosse (Prinzipale).

Es geht aus diesem System aber ebenso notwendiger Weise hervor: Die Planlosigkeit der Gesamtproduktion, Die Vergeudung der Natur- und Menschenkräfte, Die Krisen der Produktion und des Handels, Die beständige Ungezähigkeit der materiellen Existenz der Lohnarbeiter, Das Elend der Proletariermassen und Die unzureichende Reichthums-Ansammlung in den Händen Einzelner.

Diese Behauptungen werden genügend bewiesen durch die heutige Lage der arbeitenden Klassen, welche inmitten ihrer eigenen reichen Produkte im Zustand der Armut und erniedrigender Abhängigkeit leben. Während die härteste und unangenehmste Arbeit dem Arbeiter nur die nöthigsten Lebensbedürfnisse gewährt, Schwelgen diejenigen, welche nur wenig oder gar nicht arbeiten, im Ueberfluß von Arbeitsprodukten.

Ein solcher Zustand, welcher sich unter dem gegenwärtigen System stets vorfindet, muß, widerstrebt den Interessen der Menschheit und den Grundgesetzen der Gerechtigkeit und der wahren Demokratie; er vernichtet jene Güter, auf welche, nach den Worten der Knababhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten, jeder Mensch ein unerschütterliches Recht hat, nämlich: Leben, Freiheit und das Streben nach Glückseligkeit.

Er verkürzt und gefährdet das Leben durch Noth und Elend, Er vernichtet die Freiheit, denn die wirtschaftliche Abhängigkeit der Lohnarbeiter von den Besitzern der Arbeitsmittel hat auch ihre politische Abhängigkeit unfehlbar im Gefolge.

Er macht das Streben nach Glückseligkeit hinfällig, denn keine Art von Glückseligkeit ist denkbar unter steter Bedrohung des Lebens und Aufhebung der persönlichen Freiheit.

Um diesen entwürdigenden Zustand der Dinge ein Ende zu machen, erstreben wir die Einführung des vollen Systems der genossenschaftlichen Arbeit; d. h. wir verlangen, daß den Arbeitern auch die Resultate ihrer Arbeit voll und ganz zu Gute kommen.

Das ist aber nur möglich, falls die Arbeitsmittel in den Besitz der Arbeitenden gelangen.

Wir fordern daher: Die Verwandlung des Privateigenthums an Grund und Boden, den Arbeitsmitteln (Maschinen, Fabriken u. s. w.) und den Produktions-Erzeugnissen in Gemeinbesitz, und damit:

Die genossenschaftliche Produktion, wie die genossenschaftliche, den Leistungen und gerechten Bedürfnissen der Einzelnen entsprechende Vertheilung der Güter unter Leitung der organisirten Gesellschaft.

Die Sozialistische Arbeiterpartei begründet ihren Namen als Arbeiterpartei aus dem Bewußtsein der Unterdrückung der Klasse der Lohnarbeiter durch die Klasse der Kapitalisten.

Wir erstreben zwecks Verwirklichung unserer Forderung die Erinnung der politischen Macht mit allen zweckmäßigen Mitteln.

Aus den sozialistischen Forderungen für die Gegenwart, die den zweiten Teil des Programms bilden, heben wir folgende hervor:

1) Uebernahme der Eisenbahnen, Kanäle, Telegraphen, Telephone und sonstiger über das ganze Land sich erstreckenden Kommunikationsmittel durch die Ver. Staaten.

2) Uebernahme der öffentlichen Straßenbahnen, Zentren und des öffentlichen Beleuchtungswezens durch die Gemeinden.

3) Unveräußerlichkeit aller öffentlichen Ländereien und Verpachtung derselben nach noch näher festzusetzenden Grundätzen. Widerauf aller Landverkäufe und Schenkungen seitens der Ver. Staaten an Korporationen oder Einzeln, deren Verkauf, resp. Schenkungsbedingungen nicht erfüllt wurden oder welche sonst rechtlich hinfällig sind.

4) Kleines Recht der Geldausgabe durch die Vereinigten Staaten.

5) Regelung der Wald- und Wasserwirtschaft nach wissenschaftlichen Grundätzen, sowie Verbot der Vergeudung von Naturkräften mittels Ver. Staaten-Gesetzgebung.

6) Das Recht der Expropriation in Kraft stehender Patente durch die Ver. Staaten, sowie Freigabe neuer Erfindungen mit Gewährung von Nationalbelohnung an den Erfinder.

7) Gesetzliche Bestimmung, daß die Wohnungsmiete nicht einen noch näher zu bestimmenden Prozentsatz des von den Gemeinden abzuführenden Wertes der Gebäude überschreiten darf.

8) Die Pflicht der Anordnung öffentlicher Arbeiten zu Zeiten sozialer Notstände.

Die übrigen Forderungen sozialer Natur betreffen den Arbeiterschutz und entsprechen mehr oder minder den verschiedenen in dem Gothaer Programm hierher gehörigen Forderungen. Erwähnt sei nur noch Punkt 16. „Verminderung der Arbeitszeit im Verhältnis zu den Fortschritten der Produktion, Feststellung eines normalen Arbeitstages von höchstens acht Stunden für alle Industriearbeiter, sowie entsprechende zweckmäßige Einrichtung für alle ländlichen Arbeiter — durch Vereinigte Staaten Gesetzgebung.“

Die wesentlichen politischen Forderungen sind: Aufhebung der Präsidentschaft und des Senats; gleiches und direktes Wahlrecht ohne Unterscheid der Rasse, der Nationalität und des Geschlechts; Minoritäten-Berrettung; direkte Gesetzgebung; Verantwortlichkeit der Volksvertreter; einheitliches Recht innerhalb der Vereinigten Staaten; Trennung aller öffentlichen Angelegenheiten von der Religion; Beseinerung des Kirchengelbes (Punkt 7); einheitliche Ehegesetzgebung und Ebsbarkeit der Ehe bei gegenseitiger Einwilligung unter Hofzorge für die Kinder.

Mit Bezug auf die Bewaffnungsfrage wird folgende Resolution angenommen:

„In Erwägung, daß die Sozialistische Arbeiterpartei schon in ihrem Ballimorer Manifest vom Dezember 1883 ausdrücklich darauf hingewiesen hat, daß bei fortschreitender Entwicklung der Arbeiterbewegung die Gegner derselben zu Mitteln der Gewalt und des Betruges greifen werden, In weiterer Erwägung, daß sich dieser Hinweis in den letzten Jahren bei vielen Gelegenheiten in der ekrantesten Weise bewahrheitet hat, In weiterer Erwägung, daß sich neuerdings bei den herrschenden und geschriebenen Klassen die Tendenz geltend gemacht hat, das durch die Konstitution gewährleistete Recht resp. die Pflicht, Waffen zu tragen und sich in dem Gebrauch derselben zu üben, zu beeinträchtigen,

Sei es beschloffen, mit Hinweis auf die früheren (oben erwähnten) Rundgebungen der Partei die Arbeiter aller Orten aufzufordern, das Recht der Bewaffnung in ihrem Interesse möglichst auszunutzen und dasselbe unter allen Umständen und mit allen Mitteln zu verteidigen.“

Schließlich sei noch folgende Resolution hervorgehoben: „Der Kongreß beschließt, die organisierte Arbeiterkraft der Vereinigten Staaten aufzufordern, durch eine allgemeine Agitation die Frage der internationalen Arbeitergesetzgebung zu erörtern, um die Bestrebungen der Schweizer resp. der Ver. Staaten Regierung, welche sich zu dieser Frage günstig gestellt haben, zu unterstützen.“

Die der National-Exekutive der Partei bleibt New-York, als Sitz des Aufsichtsraths wurde Cleveland (Ohio) gewählt. In einer am dritten Tag abgehaltenen Massenversammlung entwickelten die Genossen Seubert (früher in der Schweiz tätig), Keitel (Berliner Ausgewandener) und Al. Jonas (Redakteur der „New-Yorker Volkszeitung“) unter großem Beifall die Grundzüge unserer Partei, wie der Kongreß auch wesentlich dazu beigetragen hat, die sozialistischen Ideen in den amerikanischen Kreisen Cincinnati's zu verbreiten und so die beste Propaganda für die Partei zu machen.

Während die deutschen kapitalistischen Blätter Cincinnati's — schreibt der Berichterstatter der „New-Yorker Volkszeitung“ — schon wohl oder übel ihren Lesern Berichte über die Verhandlungen des Kongresses bringen mußten, lieferten die englischen Blätter täglich spaltenweise darüber und oft sehr gute und objektiv gehaltene Berichte.

Korrespondenzen.

Wilm, im Oktober. Auch wir sehen uns veranlaßt, einmal das Parteiorgan in Anspruch zu nehmen. Vor ungefähr zwei Jahren waren hier mehrere Arbeiter ohne Arbeit. Die Leute hatten, wie es bei Arbeitern, wenn sie außer Arbeit sind, ja fast immer der Fall ist, nichts zu essen. In der Roth schlugen dieselben (wir sind hier nahe bei Bremen) Tabakspiegel, und es dauerte nicht lange, so hörte man von nichts anderem reden als von der Schmuggelbande. Eines Morgens lief denn auch die traurige Nachricht hier ein, daß man einen Schmuggler erschossen hätte, und zwar war der Betreffende ein junger, erst seit einigen Monaten verheirateter Mann. Das Schmuggeln hatte damit ein Ende, denn die Leute wollten ihr Leben nicht wieder aufs Spiel setzen.

Vor einigen Wochen nun hörten wir so ganz in der Stille, daß man einen Doktor beim Schmuggeln von Kaffee abgefaßt hatte. Trotzdem nun hier bloß zwei Kerle sind, konnten wir doch anfangs nicht in Erfahrung bringen, welcher von den beiden es war, so geheim wurde die Sache gehalten. Erst nach einigen Forschungen brachten wir es heraus, daß Dr. Hottendorf, genannt „Wilselm Doktor“, der Schmuggler gewesen war, und zwar in Kompagnie mit seiner Schwester. Nun ist dieser Herr angestellter Bahnarzt, und hat somit die Fahrt zweiter Klasse von Wilm bis Bremen frei — das heißt, der Herr fährt auf Staatskosten nach Bremen und beträgt den Staat.

Das Schönste kommt aber noch. Wir haben hier einen jungen Landrath, der so eifrig ist wie nur irgend einer; wo es etwas zu schnuppern gibt, ist er sofort da, natürlich alles nur, um nach oben sich beliebt machen zu können. Gleichzeitlich nun, als wir erfuhren, daß der Doktor geschmuggelt hatte, wurde uns auch „ganz im Vertrauen“ mitgeteilt, daß noch eine hohe Persönlichkeit, und zwar eine ganz hohe, beim Schmuggeln abgefaßt worden sei. Das war aber auch alles, was wir wissen durften. Wie es nun aber ist, wenn man etwas halb gehört hat, wir forschten unermüdlich weiter, bis wir die Sache endlich heraus bekamen, daß es unser guter — Landrath (Stegemann ist sein Name) gewesen war, und nun dauerte es natürlich nicht lange, und es war Dorfgespräch, daß der Landrath einen Teppich, türkischen Gewebes, geschmuggelt hatte. Der Herr war nämlich mit eigenem Gepäck in Begleitung seiner Frau nach Bremen gefahren. Als er dann auf der Rückfahrt in Sebaldsbrück das Steueramt passieren wollte, wird ihm von dem dienstthuenden Beamten ein Halt! zugerufen, worauf er aus dem Wagen stieg und ruff: „Ich bin der Landrath aus Wilm.“ Der Beamte antwortet: „Und wenn Sie auch der Kronprinz von Preußen sind; im Namen des Gesetzes, Sie halten!“ Und siehe da, es wurde ein türkischer Teppich aus dem Wagen gezogen. Nun soll der Herr Landrath natürlich gar nicht genutz haben, wie der Teppich in den Wagen gekommen, vielmehr hat die ganze Schuld der Ruffcher, der hat den Teppich für sich schmuggeln wollen. Und warum auch nicht! Der Ruffcher kann ja solche Teppiche anschaffen. Es sollen dies ungefähr 1000 Mark sein, die an Strafe bezahlt worden sind, und das ist für einen Mann, der die

Woche zwölfs Mark verdient und Familie hat, ja doch bloß eine Kleinigkeit. Außer dem — Ruffcher sollen noch mehrere Personen höheren Standes beim Schmuggel abgefaßt worden sein, jedoch darüber haben wir genaueres nicht in Erfahrung bringen können. Sollte es noch geschehen, so werden wir uns wieder melden.

Soweit hatten wir geschrieben, als wir hörten, daß der Landrath einige Leute wegen Verbreitung falscher Gerüchte angefaßt hat. Es ist auch unethisch, wenn die Leute fortgesetzt sagen, der Landrath hat geschmuggelt, wo es doch der Ruffcher gewesen ist. Als der unglückliche Landrath hörte, daß die Kinder auf der Straße sich vom Teppichschmuggel erzählen (von Kindern soll er es nämlich auch selbst gehört haben), soll er ganz außer sich gewesen sein. Wenn er nun dieses liest, mag er gar auf dem Teppich umherzanzeln.

Doch nun zu einem dritten Musterbürger. Wir haben hier einen neuen Pfarrer bekommen, und dieser Herr ist ein würdiger Genosse der vorher Genannten, zumal er die Ausbeutung aus dem Versteht. Es besteht hier in der Gemeinde die Unsitte, daß von sämtlichen Personen im Kirchspiel, welche das 14. Lebensjahr überschritten haben, jedes Jahr ein gewisses Opfergeld verlangt wird. Als nun in diesem letzten Jahr einige Leute sich weigerten, das Opfergeld zu bezahlen, wurde von Seite des Herrn Pfarrers exekutorisch vorgegangen, doch hatte der Herr sich in dieser Sache selber sehr vererredet. Als er nämlich gefragt wurde, ob es Geheiß sei, daß dieses Opfergeld erlegt werden müsse, erklärte er: „Wenn Ihnen das nicht recht ist, so treten Sie doch auf der Landeskirche aus, dann sind Sie ja von solchen Lasten entbunden.“ Ein idealer Seelforger, nicht wahr? Doch diese Kerle haben bei solchen Ausprüchen immer ihren guten Grund. Würden hier nämlich viele Leute aus der Landeskirche austreten, so wäre man die biden Sozialdemokraten aus dem Schulvorstand los, und das ist doch Ihr lebhaftester Wunsch — nicht wahr, Herr Pastor Krome?

Verschiedene Personen haben gegen das exekutorische Vorgehen des Herrn Pastors Krome Rekurs eingelegt, und siehe da — der Herr Pastor ist mit seiner Weisheit abgestürzt. Das Wahrvverfahren gegen die Angeklagten ist eingestellt worden, und unser würdiger Seelforger mag sich sein Opfergeld nunmehr von unsern neuen Landesleuten in Afrika holen.

Bei der letzten Reichstagswahl haben wir uns tapfer gewehrt; wir hatten nur eine öffentliche Wählerversammlung, in der Genosse Kuno aus Berlin referierte. Nach dreiviertelstündiger Rede wurde die Versammlung von unserm Landrath (als abgesetzter Schmuggler) natürlich auch Gegner der „Einschmuggelung“ sozialistischer Ideen aufgelöst, was erheblich dazu beitrug, daß wir ein so günstiges Resultat erzielten. Wir sind nämlich von 67 Stimmen der vorigen Wahl auf 106 gestiegen; die Welsen hatten 206 Stimmen und die Nationalliberalen 57 Stimmen.

Reichstagswahlkreis Singen-Algen. Bei der Reichstagswahl 1881 hatten wir 245 Stimmen auf unseren Kandidaten vereinigt. Es war dies das erste Mal, daß hier ein sozialdemokratischer Kandidat aufgestellt ward. Agitation war damals so viel wie gar keine. Voriges Jahr hatten wir 606 Stimmen. Die Agitation war bedeutend besser, und daß dieselbe sich für das nächste Mal noch bedeutend heben wird, und wir die Ziffer 1000 überschreiten, dafür wird jetzt schon gesorgt. Da der ganze Wahlkreis gemittelmäßig nur aus Landbesitzern besteht, und die Industrie gering ist, so ist die Agitation eine ziemlich schwierige. Im Uebrigen liegen die Verhältnisse hier wie überall. Auf der einen Seite Reichthum und Uebermut, auf der anderen Roth und Elend. Dasselbe Lied, wie wir es in jeder einzelnen Nummer unseres Parteiorgans finden.

Landkreis Altmühl, Mitte Oktober. Das Risiko der Arbeiter. Am 14. dieses Monats hat sich in der Kesselschmiede des Humboldt-Werkes bei Rahl wieder einmal so recht deutlich gezeigt, wie der Arbeiter heute in der Industrie seine Haut zu Mark tragen muß, und wie rücksichtslos die Ausbeuter und ihre Handlanger mit dem Leben des Proletariats umspringen. Schreiber dieses kennt die Verhältnisse des genannten Stahlwerks aus eigenen Erlebnissen sehr gut; und da ich dem Ruchbereich der Beamten und Meister desselben nicht mehr angehöre, so halte ich es für meine Pflicht, das in vorliegenden Falle in Frage kommende Opfer gegen die Lügenberichte der Kapitalrepression in Schutz zu nehmen.

Das edle Deutscher-Kalender-Rafinaturblatt berichtete z. B. folgendermaßen über den Unglücksfall: „Der Bohrer Jakob, hatte das Radwerk, von einem großen sogenannten U-Eisen darauf an den Kopf getroffen zu werden, daß infolge Schädelbruchs sofort der Tod eintrat. Das Unglück scheint der Arbeiter durch eigene Unvorsichtigkeit selbst verschuldet zu haben.“

Nun, dieses „selbst verschuldet“ ist es, das mich veranlaßt, das Verhalten gewisser theilnehmenden Personen einer Kritik zu unterziehen. Der Opfer, die dies Wort gefordert, sind nachgrade genug.

Und hier sei der Staatsanwaltschaft der nöthige Fingerzeig gegeben, um dem humanen Meister Bed die gebührende Rücksicht auf das Leben seiner Arbeiter in empfehlende Erinnerung zu bringen. Bei Bed heißt es nämlich nur: Je mehr fertige Zentner herausgehen, umso mehr hingende Mark in meine Tasche eingehen. Und da werden denn Leute zu Arbeiten verwendet, die sie mit Anbiederung all ihrer Kräfte nicht leisten können. So auch in diesem Falle. Eine geeignete Hilfe würde das Unglück zum Theil verhüten haben. Der Bohrer Jakob, im Alter von 20-22 Jahren, sollte ein T-Eisen von acht Zentner Gewicht und 7-8 Meter Länge allein benütigen. Aus der Thatfache, daß gegenseitige Hilfe selten stattfindet, weil sonst der Meister „donnerkeil“, kann man schließen, mit welcher Angst dort gearbeitet wird. Inbezug gelang es dem erwähnten Arbeiter doch, zwei Mitarbeiter zu gewinnen, die ihm helfen sollten, das Stück Eisen zu verschieben, damit die andere Seite gebogen werden könne. Im guten Glauben, die Betreffenden wollten ihm auch richtig helfen, da sie das Stück anfassten, wollte der Unglückliche es seinerseits zurückschieben. Da fantete es um, fiel vom Tisch und mit dem Arbeiter zur Erde, zerdrückte ihm den Schädel — ein junges Proletarierleben war dahin.

Das ist das „selbstverschuldet“ des Schand- und Schunblüthenblattes „Deutscher Kalender“.

Nun, Herr Staatsanwalt und Sie, neugebackener Feuerwehrrhauptmann und Kommissar, wißt Ihr auch, wie die „selbstverschuldeten“ in natura dort vollbracht werden. Wann nicht direkt, so doch indirekt. Und zwar durch die bodenlos niederträchtige Tyrannei des Meisters Bed. Glauben Sie, edler Fabrikpapa, etwa dadurch Ihre Arbeiter zu gewinnen? Ja, einschüchtern; das ist aber Alles. Oder glauben Sie etwa, daß Sie dies- und jenes so glatt davonkommen wie bei der elenden Rolle, die Sie bei der Gasexplosion des R. spielten? Nebenbei bemerkt, eines Ihrer „Brüder oder Bekannten“. Sie versuchen jetzt, glauben zu machen, respektive lassen von Ihrem in Hundebemuth kriechenden Demuzianten, dem Schreiber B sagt, die Worte in den Mund legen, „daß die Schraube schuld war“, daß der Berunglückte sich ja beim Meister hätte Hilfe holen können u. s. w. Aber ist der famose Schandpfaß vor Ihrem Glasfassen so rasch in Bergessenheit geraten? Ist die Aussage des Jungen nicht treffend: „Ja, Meister, wir sind zu bang um 'reingehen!“ Deshalb warten die Arbeiter stundenlang vor Ihrem Glasfassen; nimmt sich aber einmal einer das Herz und geht doch zu Ihnen hinein, dann heißt's: 'taus Sie Lump, Sie Bagabund, Sie Faulknecht, Sie Spitzbub u. s. w. Der Hundefänger behandelt die eingelangenen Hunde besser als Sie Ihre Arbeiter. Tragen nicht die Augen bei der Bernehmung in Ihrem Weiseln den Stempel der Knechtlichkeit deutlich zur Schau? Herr Kommissar, wozu mußte da der Lenk anweid sein?

Welch schreckende Zahl von Unfällen hat die Ausbeutungsmuth dieses Beck nicht schon nach sich gezogen! In 14 Tagen vier, und einen Todesfall! Freilich, Herr Bed, Sie wissen nur zu gut, daß die Mehrzahl Ihrer Arbeiter eine willenlose Masse ist, gleich demjenigen, die vor der Postle ihr Kreuzschlagen. Sonst würden Sie sie nicht 14-16 Stunden wahre Zuchtshausarbeit verrichten lassen, für einen Lohn, der unter allem Luder ist. Und die Arbeiter Bed's verdienen den schweren Vorwurf, daß sie es fast nicht besser verdienen. Denn unter ihnen herrscht ein Unerstand und ein, von Bed und seinem „Zuchtshausler Vogt“ größtenteils demuziantenwesen, daß jeder Versuch, bessere Zustände zu schaffen, im Keim vereitelt wird. Daß Sie, Herr Bed, an Ihren Arbeitern im Verhältnis zu andern Meistern auch einzelnes Gute erwiesen, sei anerkannt, aber ein Streiber der niedrigsten und gefährlichsten Sorte sind Sie doch. Und deshalb soll durch dieses Schreiben eine zweite Katastrophe à la Bild und Ketterer verhütet werden. Ran spielt nicht mit Gesundheit und Leben der Arbeiter Sechshundschilling. Die Arbeiterwelt soll Kenntniß erhalten,

so auch hauptsächlich die weisliche, mit der Sie jetzt ja so sehr sich äugeln, damit sie sich dazu hergebe, Ihre alten, Ihnen lästig gewordenen Arbeiter hinauszudenemieren.

Ist sie nicht unauflösbare Thatfachen sofort zu Diensten, sobald besondere Vorfälle eintreten, denn es werden doch Unschuldige getroffen; und dann, um so rücksichtsloser raus mit den Schwindel Spiß „Säufer pardon Säufer“ und Konsorten.

Eine offene Frage: Wo ist und bleibt der Fabrikinspektor in einem Werk, wo Tag und Nacht, auch Sonntags, gearbeitet wird; wo dem Meister Schutzvorrichtungen „spanische Dörfer“ sind, wo jugendliche Arbeiter zu Arbeiten verwendet werden, die in keinem Verhältnis stehen zu ihrer Körperkonstitution? Wo sind die Hebewerkzeuge bei so schweren Stücken? Dieser Unfall hätte nicht passieren können, wenn das Stück in den Flaschenzügen gewesen wäre. Ach, richtig, die waren wieder im Magazin zum Verrotten. Auch Ihnen, Herr Inspektor, soll nächstens freundliche Aufmerksamkeit geschenkt werden. Fangen Sie in der Kesselschmiede 5. am ersten Thor an, und es vergehen 14 Tage, bis Sie mit Ihren Anordnungen zum Schutze der Arbeiter fertig sind, um zum obersten Thor hinauszukommen. Sehen Sie dann noch etwas links und rechts, fallen selbst mal etwas an und hin, dann wird sich schon machen. Oder ist das Werk von der Unfallangehörigkeit dispensiert. Oder sind die Herren vielleicht mit der Behörde so fastfreundlich geworden, daß es nicht nöthig ist, zu melden, bevor Einer kaputt ist?

Zum Schluß noch ein Wort an Euch, Ihr zwei misshandigten Arbeiter! Bleibt bei der Wahrheit und laßt Euch nicht beeinträchtigen!

Lezte Nachricht.

Herr Dr. Abelen, der sächsische Justizminister, hat das freisprechende Urtheil im Chemnitzer Sozialistenprozess nicht verwenden können, der Schlag war zu hart für ihn. Das Reichsgericht soll Rath schaffen. Auf sein Geheiß hat der Chemnitzer Staatsanwalt die Revision des freisprechenden Urtheils beantragt.

Warnung.

Der Weber Ernst Funk aus Blauen i/S. (Sachsen) hat hier unter dem Vorgeben, daß er Parteigenosse sei, sich Unterstützung erschlichen und Schulden kontrahirt.

Nach eingezogenen Erkundigungen hat pp. Funk gar nichts mit der Partei zu thun, und sind wir deshalb verpflichtet, vor diesem Schwindler öffentlich zu warnen.

Die Genossen in Göppingen (Württemberg).

Briefkasten.

der Redaktion: Dresden, Kesselschmiede, Reustadt am b. S., Kendsburg, Burgstädt u.: In nächster Nr.

der Expedition: Angler: Fr. 207 (Rt. 1765) pr. Abon. 3. Du. erh. Alles Weitere notir. Refamirtes fort. Am 19/10. R. ab. — R. J. Kpghn: Fr. 250 Ab. 4. Du. erh. — Schy. Jh.: Fr. 2 — Ab. 4. Du. erh. — Hohenstein Ernstthal: Anonymes, und obendrein Derartiges, kann nicht berücksichtigt werden. Beweise und Zeugen nennen Sie uns durch einen der von Ihnen erwähnten Vertrauensleute, der auch Sie schriftlich referenzieren mag. — B. L. VI.: Rt. 300 — a. Cto. erh. Borsgr. beachtet. Bllg. folgt. — Schwalbe: Rt. 8 — Ab. 3. Du. u. Scht. erh. — Veritas: Rt. 28 — erh. Bf. erw. — E. R. J.: Dmfl. 21 — f. Schf. erh. — Claus Groth: Rt. 50 — a. Cto. Schf. erh. Bllg. folgt. Beil. besorgt. — A. G. S. a. R.: Rt. 5 — a. Cto. Sch. Bllg. erh. Alles beachtet. — Graculus B.: Rt. 70 55 Ab. 3. Du. u. Schf. A. erh. u. Ordnng. gutgeh. Bllg. folgt. Mit Ausg. am 21/10. Weiteres. — Dr. B. M. W.: Fr. 210 f. Schf. erh. — D. S. J.: Sfl. 11 — a. Cto. Ab. erh. Ab 1/9. berechn. Rr. u. vorgemerkt. — Dr. Alte Gg.: Rt. 25 — a. Cto. Ab. u. erh. Bf. meyr. — Frantencr Pfalz: Rt. 2 — pr. Kfd. dtd. erh. — Zürich: Fr. 50 — v. Zentralverband der Schuhmacher in der Schweiz f. d. Kopenhgr. dtd. erh. — F. S. Km.: Rt. 4 30 Ab. 4. Du. erh. Kdr. nach Münch. — J. M.: Rt. 3 — Ab. 4. Du. erh. Bllg. notir. — Marat: Bllg. Rat. Caffa erwartet. — f. g. Pt.: Rt. 18 — Ab. 4. Du. erh. Kdr. geordnet. — F. J. R. Keldg.: Rt. — 30 pr. 1 S. erh. — Alter Innerbesslercher: Rt. 10 30 Ab. 4. Du. erh. Bllg. folgt. — Dtsche. Ber. Frauenfeld: Rt. 11 25 Ab. 3. Du. erh. — Rothschwan: Rt. 18 — f. Schf. erh. Reich trog Kbhug nicht. — Lustige Brüder i/G.: Fr. 109 — pr. Wahlflugl. durch 2. erh. — Kother Apostel: pr. Rt. 230 — Ab. 4. Du. u. Bf. v. 23/10 erh. Kdr. u. notifizirt. Bf. Weiteres. — Kother Hahn: Rt. 22 80 Ab. Rest 2. u. pr. 3. Du. erh. Kdr. notir. — Feuerblum: Rt. 7 — f. Schf. erh. Gargh. notir. Bllg. folgt. — Bauerbrecher: Rt. 15 — a. Cto. Ab. u. erh. Alles beachtet. — Berrina: Rt. 3 — Ab. 4. Du. R. erh. Auch Bf. eingetr. u. besorgt. Bllg. folgt. — Rapredt: Rt. 81 80 à Cto. all u. pr. Ab. 3. Du. erh. Werden berichten. — A. R. G.: Rt. 4 30 Ab. 4. Du. erh. — Zürich: Fr. 10 — v. Schnbrsacher. f. d. streit. Kpghr. dtd. erh. u. besorgt. — Kother Hahn: Rt. 3 — Ab. 3. Du. u. Rt. 1 — f. d. Kpghr. dtd. erh. Beachtliche Jnl. gut. Haben D. benachrichtigt. — Dittersbach: Am 22/10. ist Gemüthsbes. abgg. So schnell schließen die Preußen denn doch noch nicht. — Raga: Rt. 75 55 pr. Schf. u. bis. Ab. 3. Du. erh. Kdr. geordnet. Mittheilung an Jd. sehr erwünscht. — Leipzig: Rt. 4 45 — für eine Depesche an Bismard aus Leipzig“ dankend erhalten. — Nidelhaube: Fr. 152 — a. Cto. Ab. u. erh. Wehrbllg. fort. Weiteres folgt. — F. G. M. Gbb.: Rt. 8 — Ab. 4. Du. erh. — Dr. Regiomontanus: Rt. 100 — a. Cto. Ab. u. erh. Weiteres lt. Bf. v. 22/10. geordnet. Erf. 42 fort. — Johannes B.: Rt. 6 — Ab. 4. Du. erh. 1. Du. 86 erh. Rt. 2 — pr. Kfd. dtd. verm. — D. G. Bk.: Fr. 5 42 Ab. 4. Du. u. P. R. erh. — Clara: Rt. 180 — a. Cto. Ab. erh. — R. B. Bkg.: Rt. 41 90 Ab. 3. Du. u. Rest erh. Gewüthsbes. abgg. — A. Höpne R.-York: Fr. 253 15 à Cto. Ab. u. erh. — Zürich: Fr. 20 — v. d. Metalladgen. f. d. streit. Kopenhgrer dtd. erh. — Dr. B. A. W.: Fr. 20 10 pr. Ab. 3. u. 4. Du. 85 u. 1. u. 2. Du. 86 erh. u. danon verbleibende Fr. 5 30 pr. Bllg. Gto. gutgeh. — G. B. K.: Rt. 4 40 Ab. 4. Du. erh. u. 58 Bf. pr. Kfd. dtd. verwendet. — J. Schaffhausen: Fr. 32 — pr. Ab. 3. Du. erh. — Feldjäger a. d. bl. Donau: Rt. 6 — Ab. 4. Du. erh. — B. Berner jr.: Bf. v. 23/10. hier und dementspr. blyponirt. Zugelagtes bestimmt erwartet. Beil. dtd. abgeft. — Carbonaro: Nach Borsgriff verfahren. —

Aufforderung.

Der Steinmetz Jgel (Dresden), wird ersucht, an Unterzeichneter seine Adresse einzusenden.

Bernhard Fischer, St. Louis (Mo.), 800 Greer Avenue.

Gesuch.

Für einen vielfach gemagregelten Arbeiter (Bergmann), an schwere Arbeit gewöhnt, besonders auf Brunnenarbeit (Abteufen, Reinigen, Ausbessern u.) gerät, suchen wir Beschäftigung, sei es, wo es will.

Der Betreffende steht noch in mittleren Jahren und geht keine Arbeit.

Expedition des Sozialdemokrat.

London Commun. Arb.-Bildungs-Verein

49 Tottenham Str. Tottenham Court Road W. Die Wirthschaft des Vereins ist geöffnet täglich von Morgens 6 Uhr bis Abends 12 Uhr. Zureisende Genossen werden ersucht, auf unsere Adresse genau zu achten.

Der Vorstand.